

# 76. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Oktober 2006, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	5853	<b>Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409)</b> – Erste Lesung –
<b>Geburtstagswünsche</b> für den Abgeordneten Staatssekretär <b>Dr. Otmar Bernhard</b> .....	5853	Staatssekretär Georg Schmid ..... 5878 Dr. Thomas Beyer (SPD) ..... 5878 Eberhard Rotter (CSU) ..... 5880 Dr. Christian Magerl (GRÜNE) ..... 5880
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung zur <b>Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)</b> (Drs. 15/6308) – Erste Lesung –		Verweisung in den Wirtschaftsausschuss ..... 5881
und		<b>Abstimmung über Anträge etc.</b> , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO <b>nicht einzeln beraten</b> werden (siehe Anlage)
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung über die <b>Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)</b> (Drs. 15/6309) – Erste Lesung –		Beschlüsse ..... 5881
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser .....	5853, 5874	<b>Bestellung</b> von Mitgliedern des Landtags für den <b>Landesdenkmalrat</b>
Jürgen Dupper (SPD) .....	5860	Beschluss ..... 5882
Engelbert Kupka (CSU) .....	5865	<b>Bestätigung</b> eines Mitglieds für den <b>Landesgesundheitsrat</b>
Thomas Mütze (GRÜNE) .....	5869, 5876, 5877	Beschluss ..... 5882
Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushaltsausschuss .....	5877	<b>Eingaben</b> betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (Bl.0722.15)
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung über <b>Zuwendungen des Freistaates Bayern zur</b>		und

Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf (Bl.0732.15)

Mitteilung betreffend Nichtbehandlung der Eingabe BI.0732.15 im Plenum .....	5882
Simone Tolle (GRÜNE) .....	5882
Reinhard Pachner (CSU) .....	5884
Susann Biedefeld (SPD) .....	5884
Staatsminister Siegfried Schneider .....	5886
Beschluss .....	5887

**Aufhebung der Immunität** eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/6423)

Beschluss .....	5887
Schluss der Sitzung .....	5887

(Beginn: 15.05 Uhr)

**Präsident Alois Glück:** Ich eröffne die 76. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich mitteilen, dass Herr Staatssekretär Dr. Bernhard am 6. Oktober seinen 60. Geburtstag gefeiert hat. Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Staatssekretär. Als altgedientem Parlamentarier danke ich Ihnen sehr für die Mitarbeit im Hause in den verschiedensten Funktionen. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) (Drs. 15/6308) – Erste Lesung –**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309) – Erste Lesung –**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser das Wort.

(Prof. Dr. Falthäuser humpelt an Krücken ans Rednerpult – Franz Maget (SPD): Das ist schon eine mühsame Geschichte!)

**Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser** (Finanzministerium): Der Haushalt geht besser.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Das war besser als der Haushalt! Eine größere Leistung!)

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die finanzpolitische Landkarte in Deutschland könnte gegenwärtig nicht unterschiedlicher sein. Bayern schafft mit dem von mir vorzulegenden Gesetzentwurf des Doppelhaushaltes 2007 und 2008 zum zweiten Mal in Folge aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt. Dagegen halten Berlin, Bremen und das Saarland die Hand auf und warten auf weitere Ergänzungszuweisungen des Bundes. Man darf gespannt sein, meine Damen und Herren, wie das Bundesverfassungsgericht übermorgen über die Klage dieser Länder entscheiden wird.

Ganz gleich wie dieses Urteil im Einzelnen aussehen wird, eines ist klar: So wie in der Vergangenheit kann es in Deutschlands öffentlichen Kassen nicht weitergehen. Sie in diesem Haus wissen, dass Bund, Länder und Gemeinden inzwischen täglich 200 Millionen Euro an Zinsen zahlen. Das entspricht ziemlich genau dem Betrag, den die beiden Münchner Eliteuniversitäten in den nächsten vier Jahren im Rahmen der Exzellenzinitiative erhalten. Ich möchte gerne hinzusagen: Diesen Universitäten – die eine ist auch die meine – herzliche Gratulation! Das ist ein unglaublicher Erfolg nicht nur der Universitäten, sondern auch der Reformanstrengungen des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2005 mussten Bund, Länder und Gemeinden trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus jeden siebten Euro der Steuereinnahmen für Zinsen ausgeben. Bayern wird daher im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform darauf drängen, dass die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bundesweit wieder zu soliden öffentlichen Haushalten führen wird.

Ich sage bei dieser Gelegenheit ganz deutlich: Ein nationaler Entschuldungsfonds ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem bayerischen Parlament, dass hochverschuldete Länder über einen Entschuldungsfonds ihre angehäuften Altlasten den anderen, solide wirtschaftenden Ländern zuschieben.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Bayern müsste dann für Schulden aufkommen, die andere Länder in 30 Jahren aufgebaut haben, als Strafe gewissermaßen für seine nachhaltige sparsame Haushaltspolitik. Ich kann nur sagen: mit uns nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen – das muss ich auch sagen, weil wir das jeden Tag immer wieder vorgehalten bekommen – zu unserer solidarischen Verantwortung. Bayern war letztes Jahr mit 2,2 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich und 1,7 Milliarden Euro im Umsatzsteuerausgleich in absoluten Beträgen der größte Nettozahler. Wir geben also – das muss man sich einmal klarmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen – mehr als 10 % unseres jährlichen Haushaltsvolumens an andere Länder ab. Noch mehr ist dem bayerischen Steuerzahler nicht zuzumuten.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer gesagt: Ihr Bayern solltet doch daran denken, dass ihr in der Nachkriegsgeschichte hochgepöppelt worden seid. Seit 1950 – richtig – hat Bayern aus dem Länderfinanzausgleich insgesamt 3,4 Milliarden Euro

erhalten, inzwischen aber 20,5 Milliarden Euro, also das Sechsfache, wieder zurückbezahlt.

Das zeigt: Bayern hat den anderen gegenüber mittlerweile genug Solidarität bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen: Ich stelle den gegenwärtigen, schwierig errungenen Kompromiss des jetzigen Länderfinanzausgleichs nicht infrage, wie es andere tun. Aber das ist es dann auch! Wie gesagt, ein Schuldentopf kommt nicht infrage.

Wir meinen aber, dass alle Gebietskörperschaften disziplinierter an die Haushaltslage herangehen sollten. Wir werden daher die Einführung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Haushaltskrisen verlangen. Ein solches Frühwarnsystem soll helfen, die inzwischen bedrohlich angewachsene Neuverschuldung in Deutschlands öffentlichen Haushalten nachhaltig einzudämmen.

Meine Damen und Herren, dieses Land Bayern ist bundesweit mittlerweile in der Haushaltsführung Vorbild geworden. Im bayerischen Staatshaushalt haben wir die mit Abstand geringste Pro-Kopf-Verschuldung – Sie wissen das: 1852 Euro –, die niedrigste Zinslastquote und – verglichen mit anderen westlichen Flächenländern – gleichzeitig auch die höchste Investitionsquote – bei allen Problemen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Mit seinem ausgeglichenen Haushalt 2006 ist Bayern der Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur in Deutschland. Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 setzt die Bayerische Staatsregierung ihren finanzpolitischen Erfolgskurs fort. Wir werden also im Jahre 2008 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt ohne einen Cent Nettoneuverschuldung haben. Bayerns Zinslastquote, meine Damen und Herren, wird in dieser Zeit, also bis 2008, auf 2,8 % sinken. Bei anderen steigt sie radikal. Ich kann mit Blick auf den SPD-Vorsitzenden nicht verschweigen: Die Zinslastquote in Rheinland-Pfalz steigt im Jahr 2008 auf 9,7 %. Man sollte also erst einmal seine Hausaufgaben machen, bevor man laute Bemerkungen macht.

Inzwischen sind sieben Länder dem Beispiel Bayerns gefolgt und haben sich auf einen Zeitpunkt festgelegt, bis zu dem sie einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen wollen. Ich kommentiere nicht, wie wahrscheinlich das in dem einen oder anderen Land ist; das werden wir sehen. Der Weg Bayerns – meine Damen und Herren, das wissen Sie besser als andere – zum ausgeglichenen Haushalt 2006 war und – ich unterstreiche das – ist steinig. Von der Einnahmeseite aus gesehen kommen wir aus einem Tal der Tränen: Bis einschließlich Mai letzten Jahres endeten die Steuerschätzungen neunmal in Folge im Minus. Das ist eine Kaskade des Steuerverfalls. Die Einnahmeausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 2001 bis 2005 summieren sich alles in allem auf 475 Milliarden Euro. Das entspricht dem gesamten Steueraufkommen eines ganzen Jahres. Das ist das Tal seit 2001.

Von einem derartigen Einnahmeausfall blieb in Deutschland kein öffentlicher Haushalt verschont. Nur wenige haben in diesem Land dann Kurs gehalten. Viele haben die Augen verschlossen. Die Folge war ein Anstieg der entsprechenden Neuverschuldung. Wir haben uns nicht von diesem Steuerrückgang beeindrucken lassen. Wir haben unser Ausgabeverhalten den sinkenden Einnahmen angepasst. So schlicht es klingt: Deutlich sinkende Einnahmen ist gleich deutlich heruntergedrückte Ausgaben.

In einer beispiellosen Kraftanstrengung, für die ich mich immer noch und noch einmal auch bei dieser Fraktion bedanke, haben wir uns vor allem im Nachtragshaushalt 2004 ein Einsparvolumen von über 2 Milliarden Euro erarbeitet, das fortwirkt. Dieser Sparkurs, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ist für uns, für dieses Land ohne Alternative.

Hätten wir entsprechend den Wünschen der SPD-Landtagsfraktion auf Einsparungen verzichtet, hätten wir – das kann man sich präzise ausrechnen – in den Jahren 2006 und 2007 eine Neuverschuldung von 2 1/2 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung wäre damit in weite Ferne gerückt. Stattdessen wäre durch die zusätzliche Verschuldung die Zinslast um jährlich 100 Millionen Euro gestiegen; schon im Jahr 2007 hätten wir eine zusätzliche Zinslast von 300 Millionen Euro gehabt.

Das ist die Realität! Deswegen wundert es mich, dass ich jetzt in den Zeitungen lese, auch heute, dass Kollege Maget sagt: Na, jetzt kommen mehr Steuern herein – heraus damit! Geben wir's doch aus! – Ich glaube, er hätte doch aus der Vergangenheit lernen sollen, dass man so keine solide Haushaltspolitik machen kann.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt, wo sich die Einnahmen wieder positiv entwickeln, beginnt aber – das sehen Sie schon an der Einlassung des Kollegen Maget – die schwierigste Phase für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

(Zuruf von der SPD: Sie!)

Denn mancher Fachpolitiker – to whom it may concern – und die Öffentlichkeit sehen die günstige Einnahmeentwicklung bei den monatlichen Steuereinnahmen, die nach wie vor sehr volatil, also sehr schwankend ist, und meinen, jetzt könne man den strengen Winter vergessen und auf Frühling setzen, sprich: auf Ausgaben.

Meine Damen und Herren, vergessen wir dabei nicht, dass diese Mehreinnahmen allenfalls helfen, die Nachwirkungen der vorhergehenden Steuerausfälle abzumildern. Wir haben in diesem Jahr noch nicht die Einnahmesituation des Jahres 2000 wieder erreicht. Das ist die Realität! Schauen Sie sich die Zahlen an, die ich Ihnen ausgereicht habe; da können Sie es nachvollziehen.

Bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen im Doppelhaushalt 2007/2008 haben wir die günstige Ist-Entwicklung bereits berücksichtigt:

Ausgehend von der Mai-Steuerschätzung und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007, der ab 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform und der bisherigen Ist-Entwicklung sieht der Regierungsentwurf Steuereinnahmen in Höhe von 28,4 Milliarden Euro in 2007 und 29 Milliarden Euro in 2008 vor. Verglichen mit den jeweiligen Ansätzen der Vorjahre ist dies eine Steigerung von 8,7 % im Jahre 2007 und 2,2 % im Jahre 2008. Das ist insbesondere in 2007 auf die Erhöhung der Umsatzsteuer zurückzuführen. Die für 2007 veranschlagte Steigerung bei den Steuereinnahmen um 2,3 Milliarden Euro bzw. 8,7 % hat eine solide Grundlage, aber das ist auch die oberste Grenze des Veranschlagbaren. Also denjenigen, die sagen, da gehen wir in der Schätzung noch ein klein wenig höher, dann wird es schon, dann haben wir mehr Spielraum für schöne Ausgaben, antworte ich: Das ist nicht vertretbar, das ist nicht seriös!

Dieser Regierungsentwurf hat politisch gesehen drei Kernelemente, meine Damen und Herren:

Erstens: Wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort, beenden das also nicht mit einer Punktlandung in 2006, sondern dieses Prinzip gilt für 2007 und 2008 genauso.

Zweitens: Wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft mit entsprechenden Schwerpunkten. Politik heißt Schwerpunktbildung, und Schwerpunktbildung heißt: Das will ich, und das andere muss dann zurückstehen. Das bedeutet auch, dass man politischen Mut haben muss.

Drittens: Wir stärken unsere Kommunen über einen Finanzausgleich, der weit stärker wächst als der Staatshaushalt insgesamt.

Zum ersten Kernelement: Unser Haushalt wird, wie ich bereits gesagt habe, bis zum Jahre 2008 ohne eine Kreditemächtigung auskommen. Es sieht schön aus, wenn man die Nullen in den folgenden Jahren sieht; das ist zumindest ein optisches Vergnügen für den Finanzminister.

Keine neuen Schulden, keine zusätzlichen Zinslasten, keine Verschiebungen zulasten künftiger Generationen! Der ausgeglichene Haushalt ist keine Eintagsfliege, sondern Programm und Verpflichtung für die Zukunft.

Die zweite Kernbotschaft dieses Doppelhaushaltes lautet: Wir investieren. Wir setzen den Dreiklang der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 6. November 2003 konsequent um: Wir sparen, um den ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen; wir reformieren und reformieren, um so die Grundlagen für ausgeglichene Haushalte in der Zukunft zu legen; und wir investieren gezielt in die Zukunft Bayerns.

Dabei fällt mir auf – diese Bemerkung erlaube ich mir –, dass sich die Oppositionsparteien in ihrer eigenen Strategie nicht so ganz einig sind. Die GRÜNEN monieren in ihrem Papier, das mir aus ihrer Pressekonferenz vorliegt, Falthäuser gebe zu viel aus und gehe über die vom Finanzplanungsrat vorgesehene Ein-Prozent-Begrenzung hinaus, er müsste eigentlich mehr sparen. – Herr Maget

von der SPD sagt: Der gibt viel zu wenig aus, raus mit dem Geld! – Also, eine geschlossene Opposition ist das nicht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hauptsache, die Regierung ist geschlossen! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Opposition muss sich nicht absprechen!)

– Wenn ich mit Ihrer Genehmigung fortsetzen darf: Ich möchte den GRÜNEN Folgendes sagen: Dieses eine Prozent vom Finanzplanungsrat, das Sie anmahnen, ist für den bayerischen Finanzminister in der Praxis irrelevant. Es gibt eine Ein-Prozent-Begrenzung bei den Ausgaben. Warum? – Weil man die Nettoneuverschuldung herunterdrücken will. Damit sollen die Länder gemahnt werden, nicht zu viel auszugeben, damit sie ihre Schulden verringern. Wer aber einen ausgeglichenen Haushalt hat, der kann bei den Ausgaben auch ein Wachstum von 10 % haben, wenn er es verträgt. Das ist das, was wir mit unserer Sparpolitik errungen haben. Wer das nicht versteht, hat die Philosophie des ganzen Vorgangs nicht kapiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist doch der Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Mir ist bei diesem Punkt gar nicht so lustig zumute, Herr Fraktionsvorsitzender. Das, was ich hier sage, belegt zum Beispiel auch das aktuelle Ranking zur Wirtschaftskraft und zu den Perspektiven der Bundesländer, das die „Wirtschaftswoche“ Mitte September 2006 veröffentlicht hat. Ich will das zitieren:

Der Freistaat Bayern punktet mit Lebensqualität, hohem Wohlstand und einer formidablen Wirtschaftsstruktur, hier sind die Schulden niedrig und die Chancen auf einen Job hoch.

Meine Damen und Herren, das ist, in einem Satz zusammengefasst, unsere Philosophie. Wir können nicht auf der einen Seite im Haushalt großzügig sein und andererseits auf eine schöne Lebensqualität oder auf eine formidabile Wirtschaftsstruktur hoffen. Das gehört alles zusammen. Wir haben in Zukunft keine formidabile Wirtschaftsstruktur, wenn wir in diesem Land nicht dauerhaft solide wirtschaften.

Nach der in der „Wirtschaftswoche“ abgedruckten Studie steht Bayern mit seiner Wirtschafts- und Leistungskraft im Ländervergleich auch bei der Dynamik an erster Stelle. Ich sage das, weil das immer wieder so hervorgehoben wird. Ich habe gelesen, dass das Saarland plötzlich das dynamischste Land sein soll. Aber die gehen dann zum Kadi und wollen Geld von uns. Also, ich nehme das nicht so sehr ernst.

Ich glaube, der Befund in der „Wirtschaftswoche“ zeigt, dass Bayern Zukunftspotenzial wie kein anderes Land in

der Bundesrepublik Deutschland hat. Hier setzen wir im Doppelhaushalt 2007/2008 mit unserem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ an. Unser Programm hat einen Umfang von 758 Millionen Euro, also einer Dreiviertelmilliarde. Es wird gespeist – das sage ich den GRÜNEN – aus zusätzlichen Haushaltsmitteln – man könnte auch etwas anderes mit diesen Mitteln anfangen, aber wir setzen sie für unsere Schwerpunkte ein – und zusätzlichen 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen.

Von diesem Gesamtbetrag werden 291 Millionen Euro für Hochschulen, Bildung und Wissenschaft verwendet. Das ist ein Schwerpunkt in diesem Land, eine tragende Säule dessen, was wir auch in der Zukunft gestalten wollen. Der Erfolg vom Freitag hat uns gezeigt, wohin wir mit einer solchen Politik kommen: Wir sind an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite Schwerpunkt sind Kinder und Familien mit einem Volumen von insgesamt 46 Millionen Euro. Für die innere Sicherheit, die in Bayern unter meinem Kollegen Beckstein besonders gut aufgehoben ist, wenden wir ein Volumen von 198 Millionen Euro auf und für den ländlichen Raum mit seinen Ausgabeschwerpunkten 183 Millionen Euro.

Lassen Sie mich auf diese Schwerpunkte etwas näher eingehen.

Das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ heißt vor allem: Bildung hat in Bayern oberste Priorität! – Das ist so, weil wir wissen, dass eine gute Schulbildung und eine gute Ausbildung für die persönlichen Chancen jedes Einzelnen, aber eben auch für die Zukunft unseres Landes insgesamt von entscheidender Bedeutung sind.

Aus diesem Grund schaffen wir für die bayerischen Schulen in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 784 – ich wiederhole: 784 – zusätzliche Lehrerstellen in allen Bereichen, in Gymnasien, Realschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo bleiben die Hauptschulen?)

Darüber hinaus werden auch die in den letzten Jahren zusätzlich bereitgestellten Haushaltsmittel für insgesamt 700 Lehrkräfte in voller Höhe weitergewährt. Insgesamt geht es also um 1484 Lehrkräfte.

Im Papier der GRÜNEN lese ich nun: Um Gottes willen, die schichten ja um, Welch ein Verbrechen! – Es stimmt, es werden Lehrerstellen von der Volksschule in die weiterführenden Schulen umgeschichtet. Wir tun dies, weil zu unserem Bedauern die Zahl der Kinder immer geringer wird. Wollen Sie denn, dass in der Volksschule die Zahl der Lehrer gleichbleibt, obwohl wir die Lehrer anderswo besser gebrauchen könnten? Politik heißt, Prioritäten zu setzen. Wir setzen die Prioritäten so, dass wir die knappen Mittel, die wir haben, dort einsetzen, wo wir sie wirklich brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb nehmen wir diese Umschichtung vor.

Wir haben in den Jahren seit 2001, also in der Phase, in der wir drastisch abnehmende Steuereinnahmen hatten, gleichwohl 6000 Lehrerkapazitäten zusätzlich geschaffen. Ich höre große Meldungen aus anderen Ländern. Meine Damen und Herren, diese 6000 zusätzlichen Lehrerkapazitäten in den letzten sechs Jahren gibt es in keinem einzigen anderen Land. Deshalb sind wir auch in diesem Bereich Spitze.

Spitze sind wir auch in den Unis, wie wir schon gehört haben.

(Abgeordneter Markus Sackmann (CSU) humpelt an zwei Krücken durch den Plenarsaal und nimmt seinen Abgeordnetenplatz ein – Allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

– Willkommen, Herr Kollege.

(Franz Maget (SPD): Jetzt wird es langsam Zeit!)

– Wir sollten gemeinsam der Opposition sagen, dass wir zwar einen Beinbruch hinter uns haben, aber nicht auf den Kopf gefallen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Damit sich Bayerns Universitäten in der Exzellenzinitiative ein Fördervolumen von insgesamt 164 Millionen Euro sichern können, haben wir im Regierungsentwurf insgesamt 41 Millionen Euro an zusätzlichen Landesmitteln vorgesehen. Außerdem finanzieren wir 150 zusätzliche Stellen; das Hochschulbauprogramm wird mit insgesamt 140 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen fortgesetzt. Ich glaube, das ist ein guter Beitrag. 50 Millionen Euro setzen wir zur Modernisierung der Unikliniken zusätzlich ein, und zusätzlich 10 Millionen Euro investieren wir in die Beschaffung von Großgeräten an den Universitäten, die auch als grundstockskonform gelten.

Ein entscheidender Beitrag für zusätzliche Verbesserungen an Bayerns Hochschulen kommt künftig auch von den Studierenden selbst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die erstmals im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagten Einnahmen aus den ab dem Sommersemester zu entrichtenden Studienbeiträgen belaufen sich auf jährlich 150 Millionen Euro – so ist es im Haushalt ausgewiesen – und kommen der Verbesserung der Studienbedingungen zugute. Mir ist also nicht nur die Förderung von Exzellenz und Elite wichtig, sondern durch diese Mittel haben wir zusätzliche Möglichkeiten der Studienbetreuung gewissermaßen für den „intellektuellen Breitensport“, der, wie ich weiß, an den Universitäten teilweise etwas unterentwickelt ist. In dieser Richtung setzen wir wirklich gute Akzente. Ich sage Ihnen voraus, dass es künftig kein Land mehr geben wird, das keine Studiengebühren erhebt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Kinder und Familien. Mir ist dabei eine Zahl besonders wichtig. Sie wissen, dass die CSU-Fraktion aufgrund des gesellschaftlichen Wandels einen weiten Weg in der Kinderbetreuung gegangen ist. Auch das ist ein Zeichen politischer Kraft. Wir haben für das Jahr 2008 in diesem Doppelhaushalt einen Betrag von 585 Millionen Euro für die Kinderbetreuung stehen. Mehr als eine halbe Milliarde! Ein Vergleich mit dem sehr geringen Betrag, den wir früher hierfür aufgebracht haben, zeigt die Handlungsfähigkeit und die Schwerpunktsetzungsfähigkeit dieser Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion.

Traditionell ist die innere Sicherheit in Bayern ein besonderer Schwerpunkt. Mit fast 200 Millionen Euro für die Sicherheitsstruktur unseres Landes haben wir einen besonders notwendigen Schwerpunkt geschaffen. Dabei finanzieren wir die Einführung des BOS-Digitalfunks mit 75 Millionen jährlich, das heißt, zweimal 75 Millionen, und stärken die Sachmittel der Polizei mit zusätzlich 40 Millionen Euro. Das ist ein Betrag, der sich wirklich sehen lassen kann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Schwerpunkt ist das, was wir in den letzten zwei Jahren zunehmend thematisiert haben, nämlich die Förderung des ländlichen Raumes. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat es klar und deutlich vorgegeben – ich zitiere: „Politik für ein starkes Bayern in allen Landesteilen – das ist unser gemeinsames Ziel.“

Daraus muss man natürlich auch die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen, und deshalb investieren wir in den ländlichen Raum als dem vierten Zukunftsfeld eine ganze Menge Geld. Mit zusätzlichen 42 Millionen Euro in beiden Jahren setzen wir unser Hochwasserschutzaktionsprogramm um, sodass wir bis zum Jahr 2020 – es handelt sich hier schließlich um eine langfristig angelegte Angelegenheit – Gesamtinvestitionen in Höhe von insgesamt 2,3 Milliarden Euro haben werden. Bezogen auf die Jahre 2006 bis 2008 sind das immerhin durchschnittlich 150 Millionen Euro jährlich. Damit haben Sie eine Vorstellung von der Größenordnung, die wir hier bewegen.

Für den Staatsstraßen- und Brückenbau sieht der Regierungsentwurf in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 66 Millionen Euro vor.

(Zuruf von der SPD)

Damit sind für den Staatsstraßenbau jährlich jeweils 160 Millionen Euro veranschlagt, Herr Kollege. Darin ist nicht enthalten – das muss ich hinzufügen – das Sonderprogramm für den Brückenbau, das sogenannte Public-Private-Partnership-Programm, um zusätzlich schnelle Umsetzungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Wenn es um die Förderung des ländlichen Raumes geht, Herr Kollege Brunner, ist natürlich auch die Landwirtschaft angesprochen. Faktum ist, dass die Europäische Union ihre Mittel für Bayerns Landwirte in der zweiten Säule der kommenden EU-Förderperiode für die Jahre 2007 bis 2013 erheblich kürzen wird. Es handelt sich

dabei im Jahre 2007 um eine Kürzung um 80 Millionen Euro und im Jahre 2008 um 85 Millionen Euro gegenüber 2006.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da haben Sie zugestimmt!)

– Wie immer es sei.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht um die Kürzung von EU-Mitteln in großem Umfang aufgrund der Entwicklung der Europäischen Union, und es steht mir nicht zu, einzelne politische Entscheidungen der Europäischen Union zu beurteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich will hier nur darlegen, welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben. Eine erste Schlussfolgerung könnte durchaus sein zu sagen, wenn die Kofinanzierung von der Europäischen Union nicht mehr kommt, kann ich meine Kofinanzierung auf Landesebene auch nicht mehr zur Verfügung stellen; denn die Geschäftsgrundlage ist die gemeinsame Finanzierung. Aber dies haben wir genau in diesem Haushalt nicht gemacht. Wir haben unsere Kofinanzierung beibehalten und die Landesmittel ungekürzt in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Allerdings will ich Folgendes hinzufügen: Einen von dem einen oder anderen Landwirtschaftsvertreter geforderten vollen Ersatz der europäischen Mittel kann es nicht geben – das ist undenkbar, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen und auch aus Gründen der Größenordnung. Wir können doch nicht das, was andere einsparen, unsererseits ganz selbstverständlich mit den bescheidenen Mitteln eines Landeshaushalts auffangen. Das gilt übrigens auch für den Bund. Wer dies erwartet, hat völlig falsche Vorstellungen von den finanziellen Möglichkeiten dieses Landes. Im Übrigen erzogen wir dann die anderen Ebenen nur dazu zu sagen: Wir können ruhig kürzen; denn die Bayern machen das schon selbst. So kann das nicht laufen, meine Damen und Herren, das ist keine seriöse Politik, und deshalb können wir das auch nicht voll ersetzen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Wir haben jedoch im Regierungsentwurf zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zukunftsorientiert eingestellt, Herr Kollege, und zusätzlich noch einmal 5 Millionen pro Jahr für die Dorferneuerung. Schauen wir mal, dann sehen wir es schon, Herr Kollege.

Das dritte Kernelement dieses Doppelhaushalts besteht aus der Stärkung unserer Kommunen. Entsprechend der Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden am 27. Juli 2006 werden die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich im Jahre 2007 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. 6 Milliarden für den kommunalen Finanzausgleich!

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs werden sich um über 300 Millionen Euro bzw. 6,2 % auf über 5,4 Milliarden Euro erhöhen. Damit – das ist die eigentliche Nachricht, liebe Kolleginnen und Kollegen – liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als vier Prozentpunkte über dem angestrebten Wachstum des Staatshaushalts. Das ist eine wirkliche großzügige und breit angelegte finanzielle Förderung der Kommunen. Ich darf noch etwas hinzufügen: Wir haben mittlerweile eine weitere Steuerentwicklung. Die Steuerverbünde sind noch etwas besser ausgestattet; wir werden in den Schlussabrechnungen noch etwas höher liegen und dabei nahezu an eine siebenprozentige Steigerung der Landesleistungen herankommen.

Der kommunale Finanzausgleich im kommenden Jahr enthält dabei vor allem strukturelle Punkte und Veränderungen.

Der Freistaat übernimmt 2007 die Hälfte der von den bayerischen Kommunen aufzubringenden Solidarumlage netto; ab dem Jahre 2008 entlasten wir die Kommunen voll von der Solidarumlage. Das muss ich nicht tun. Das haben wir vereinbart. Damit habe ich die Grenzziehung zwischen der finanziellen Verantwortlichkeit des Landes und der Kommunen nachhaltig und dauerhaft zugunsten der Kommunen verschoben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht so sehr!)

Das Gleiche gilt bei der Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von ehemals 11,6 % auf jetzt 11,7 %. Das sieht so aus, als wäre das lediglich eine kleine Verschiebung, aber das ist auf die Dauer sehr viel Geld, auf das die Kommunen garantiert setzen können. Damit haben die Kommunen mehr freie Deckungsmittel zur Verfügung als je zuvor.

Hinzu kommen 5 Millionen zusätzliche Mittel für die Bedarfszuweisungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro. Das kommt zusätzlich zu den Schlüsselzuweisungen. Mir ist es deshalb wichtig, diese Mittel zur Verfügung zu haben, weil es Kommunen gibt, die kaum leben können und die sich nur sehr schwer bewegen können. Da wirkt sich die Erhöhung der Bedarfszuweisungen wirklich segensreich aus.

Zugunsten der Bezirke wird erneut der Sozialhilfeausgleich um 25 Millionen auf jetzt 565 Millionen Euro angehoben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung der Investitionen mit zusätzlich 102 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist insgesamt ein Paket, das sich nicht nur sehen lassen kann, sondern das für die Kommunen auch sensationell ist.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Das haben die Kommunen auch gesagt. Dazu habe ich lediglich von der Opposition kritische Anmerkungen gehört. Das ist natürlich verständlich. Aber die kommunalen Spitzenverbände haben schriftlich und mündlich in

außergewöhnlicher Weise betont, dass es ein fairer und guter Finanzausgleich sei. Ich glaube, das zeigt den Schulterchluss dieser Bayerischen Staatsregierung mit ihren Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Das, was Sie hier verbreiten, wird durch die Zahlen widerlegt. Das ist mir wichtig festzustellen.

Ich will noch hinzufügen – weil mir die Zahlen gerade vorliegen –, dass die Kommunen in den Jahren 2003 bis 2005 bei ihren Steuereinnahmen eine Steigerung von insgesamt 20 % verzeichnen konnten. Beim Freistaat Bayern betrug der Zuwachs lediglich 3,6 %. 20 % einerseits und 3,6 % andererseits, das zeigt deutlich die erfreuliche Entwicklung bei den kommunalen Finanzen. Bei der Gewerbesteuer netto übrigens stieg in Bayern der Ertrag zwischen 2003 und 2005 um 65 %. Von dieser Grundlage gehen die Kommunen aus, und hier haben wir mit unseren Entscheidungen für den kommunalen Finanzausgleich unsere kommunalfreundliche Haltung obendrein gezeigt.

Ich will nun noch ein Wort zum Finanzplan sagen. Hier geht es um die mittelfristige Entwicklung. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern werden nicht zuletzt aufgrund der Erhöhung der Umsatzsteuer in den nächsten Jahren zwar steigen, doch wenn Sie den Finanzplan bis zum Jahre 2010 genau ansehen, werden Sie feststellen, dass wir uns in den nächsten Jahren unter keinen Umständen zurücklehnen können, sondern dauerhaft und nachhaltig an einem strukturell ausgeglichenen Haushalt arbeiten müssen.

Die Steuerdeckungsquote, eine wichtige Kennzahl, wird voraussichtlich auch noch im Jahre 2010 unterhalb der des Jahres 2000 liegen. Das Tal ist so groß, dass wir nur schwer wieder aufholen. Nach der aktuellen Finanzplanung wird die Einnahmeentwicklung zeigen, dass wir in den Jahren 2009 und 2010 noch einen erklecklichen Konsolidierungsbedarf haben.

Das bedeutet: Wer langfristige seriöse Haushaltspolitik betreiben will, muss auch jetzt, in Zeiten steigender Steuereinnahmen, auf die nächsten Jahre blicken. Die Hochrechnungen, die wir Ihnen vorgelegt haben, zeigen, dass wir zusätzliche Einnahmen zur Konsolidierung verwenden müssen und nicht gleich wieder Ideen entwickeln dürfen, wie wir das Geld ausgeben wollen. Das können die anderen Länder tun. Wir sollten es, bitte schön, nicht so machen.

Abschließend eine Bemerkung zu den Äußerungen der GRÜNEN zur mittelfristigen Finanzplanung: In der mittelfristigen Finanzplanung stehe nicht, wie wir die dritte Startbahn des Münchener Flughafens finanzieren. – Ja, halten zu Gnaden! Diese dritte Startbahn muss die GmbH selbst zahlen.

(Franz Maget (SPD): So ist es!)

Dies ist die Erwartung des Staats, des Bundes und auch des bayerischen Finanzministers, der dem Aufsichtsrat vorsitzt. Mittel hierfür sind im Haushalt nicht vorzusehen.

Und wollen Sie etwa jetzt schon etwas zur Finanzierung des Transrapid hineinschreiben, wo sich doch der Bund noch mit keinem einzigen Wort dazu geäußert hat, ob er Zusagen über die genannten 550 Millionen Euro hinaus geben wird?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Sie können erst eine Haushaltsplanung machen, wenn Sie feste Grundlagen haben. Märchenbuchplanungen mache ich nicht. Deswegen steht davon noch nichts im Haushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir werden uns anstrengen müssen, aber ich glaube, wir werden das bewältigen können.

Die Steuerdeckungsquote steigt, wie gesagt, Gott sei Dank wieder, wird aber im Jahr 2010 in der mittelfristigen Finanzplanung immer noch unterhalb des Jahres 2000 liegen.

Nun komme ich das dritte Mal in meiner Rede an diese Stelle. Ab 2001 sind die Steuern so stark nach unten gegangen, dass wir trotz aller Erholungen noch immer nicht – auch nicht im Jahr 2010 – die Steuerdeckungsquote des Jahres 2000 erreichen werden. So groß war der Einbruch. Ich verzichte auf irgendeine Polemik gegenüber der vergangenen Bundesregierung; aber das lag nicht in der Verantwortlichkeit der vorhergehenden Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, natürlich verwenden wir mittelfristig für den Ausgleich des Haushalts auch Privatisierungserlöse – wie im Übrigen alle anderen auch. Sie kritisieren das immer sehr. Aber in der letzten Bundesregierung von SPD und GRÜNEN wurden regelmäßig zweistellige Privatisierungserlöse dazu verwendet, den Haushalt einigermaßen auszugleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Auch Herr Beck macht das mit Freude und Pfälzer Frohsinn. Unser Ergeiz – ich wiederhole mich – muss darin liegen, dass wir die Verwendung von Privatisierungserlösen möglichst gering halten, um auf diese Weise langfristig, für die Zukunft dieses Landes, Reserven zu haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich resümierend sagen:

Erstens wird dieser Haushalt auf Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer nicht verzichten können. Das ist Meinung aller Finanzminister, dies ist Auffassung der Bundesregierung, dies ist Auffassung des Bundesfinanzministers. Wir haben diese Mehrwertsteuererhöhung nicht aus Jux und Tollerei beschlossen, sondern zur Kon-

solidierung der Haushalte. Dies gilt auch für den bayerischen Haushalt.

Zweitens. Wir bedürfen weiterhin aller Konsolidierungsanstrengungen, damit wir im Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren Kurs halten können.

Gleichzeitig ist es unsere Zielsetzung, die Investitionsquote wieder zu erhöhen. Eine Investitionsquote von 12,5 % im Jahre 2007 ist zwar mit Abstand die beste in allen westlichen Flächenländern – der Bund liegt bei nur 8,8 % –, aber das ist kein Vorbild. Wir wollen wieder nach oben.

Das heißt aber gleichzeitig, dass bei jeder einzelnen Entscheidung für konsumtive Zwecke, seien es Lehrer oder seien es Sachausgaben, gut überlegt wird: Das beschädigt unter Umständen die Investitionsquote.

Meine Damen und Herren, die Dynamik der Personalausgaben beschäftigt mich sehr. Mittelfristig, ab 2009, werden wir bei 44 % angelangt sein. Dies simpel mit anderen Ländern zu vergleichen, ist im Übrigen völlig unsinnig. Bei einer Zinsausgabenquote von 10 % ist logischerweise auch die Personalausgabenquote niedriger. Bei einer Zinsausgabenquote von 2,8 % wird im Jahr 2008 die Personalausgabenquote statistisch höher sein. Aber im Vergleich und in der Entwicklung ist dies eine beachtliche Größenordnung, die mir und dem Haushaltsausschuss mittel- und langfristig Sorge macht.

Meine Damen und Herren, unser haushaltspolitisches Programm für die Zukunft lautet daher:

Erstens. Wir sichern einen ausgeglichenen Haushalt. Zweitens. Wir stärken die Investitionen. Drittens. Wir setzen Schwerpunkte, insbesondere in der Bildung.

Wir haben – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – in den Jahren der drastischen Steuereinbrüche gespart, schmerzlich gespart, unter Protesten gespart, und wir haben staatliches Handeln neu organisiert. Derjenige, der dies vor allem organisiert hat, Erwin Huber, ist dafür viel kritisiert worden. Die Früchte sehen wir heute in allen Bereichen.

Wir stärken mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 die bei uns wichtigen politischen Bereiche. Das ist ein Ergebnis der Sparbemühungen der vergangenen Jahre. Jetzt wollen und müssen wir auf offensiveres Gestalten umschalten, weil sich die Steuereinnahmen wieder erhöhen und stabiler werden. Aber genau in diesem Moment müssen wir Kurs halten, damit nicht in kürzester Zeit die Grundlage unserer nachhaltigen Haushaltspolitik wieder verspielt wird.

Im Namen der Bayerischen Staatsregierung bitte ich Sie daher um Unterstützung dieses Kurses für ein finanzpolitisch gesundes, wirtschaftlich starkes Bayern, das seine Vorreiterstellung in Deutschland, nicht zuletzt auch in der Haushaltspolitik, wieder einmal unter Beweis stellt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Präsident Alois Glück:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat ist eine Redezeit von 45 Minuten pro Fraktion vereinbart worden. – Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper.

**Jürgen Dupper (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Finanzminister, gute Besserung von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der CSU)

Die deutsche Konjunktur wächst so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr, wobei die Robustheit dieses Aufschwungs bemerkenswert ist. Endlich, so möchte man sagen, zeigt die Entwicklung die Anzeichen einer klassischen Konjunkturbewegung. Neben den Wachstumsimpulsen aus dem Ausland zeigen nun auch die Indikatoren bei der Baukonjunktur und bei den Ausrüstungsinvestitionen nach oben. Im letzten Quartal stieg der Output des produzierenden Gewerbes, schaffte das Bauhauptgewerbe einen ordentlichen Zuwachs und zogen die Aufträge auf hohem Niveau an. Erstmals seit langer Zeit entwickeln sich auch die Direktinvestitionen in nennenswertem Umfang. Ganz allmählich scheint sich auch die Binnennachfrage zu erholen. Der Abwärtstrend beim Konsumklima scheint gestoppt.

Alles in allem wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr satt über 2 % wachsen und mit ihm die Steuereinnahmen des Staates. Das Bundesfinanzministerium jedenfalls geht nach den letzten „Wasserstandsmeldungen“ von Mehreinnahmen zwischen 8 Milliarden und 10 Milliarden Euro aus, was natürlich die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erleichtert.

Auf breiter Front steigen die Einnahmen bei der Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer, und was uns alle freut: Die erhofften Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt stellen sich ein. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wächst, wenn auch recht bescheiden.

Selbstverständlich ist das alles noch kein Anlass zur Euphorie oder zur umfassenden Entwarnung, zumal wir angesichts der zum 1. Januar 2007 geplanten Steueränderungen nichts über die Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung sagen können.

Überdies deuten die Frühindikatoren der OECD auf eine Eintrübung der weltwirtschaftlichen Perspektiven hin.

Dennoch darf festgestellt werden, dass die Versuche der Bundesregierung, über gezielte Impulse die Konjunktur zu stützen, zu dem erfreulichen Ergebnis beigetragen haben. Im dritten Quartal 2006 werden die DAX-Unternehmen das beste dritte Quartal aller Zeiten erleben. Nicht weniger als 12 Milliarden Euro werden die DAX-Firmen zwischen Juli und September an Gewinnen erwirtschaften. Die Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2007 trotz erwarteter Konjunkturerinbrüche das vierte Rekordgewinnjahr in Folge ins Haus steht. Diese Prognosen stammen von Factset, einem Spezialisten, bei dem alle Prognosen, alle Analysen von großen Investmenthäusern zusammenlaufen, und sind heute im „Han-

delsblatt“ nachzulesen. Für einen Anteilseigner der großen Koalition stellt sich angesichts dieser Zahlen die Frage, ob wir tatsächlich nichts Besseres zu tun haben, als über eine Entlastung der Kapitalgesellschaften via Unternehmensteuerreform zu rasonieren.

(Beifall bei der SPD)

Reicht denn vielleicht auch eine stetige und verlässliche Finanzpolitik, um dem Standort Gutes zu tun? Stetigkeit und Verlässlichkeit: Es wäre schön, wenn dieses Begriffspaar im guten Sinne die Brücke zu den Betrachtungen über den vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 bauen würde. Aber allzu sehr ist die Haushaltspolitik von einer gewissen Sprunghaftigkeit bayerischer Landespolitik geprägt, vielleicht auch von erratischen Vorgaben: atemloses Geldausgeben in den Jahren 1993 bis 2003, finanziert durch Privatisierungserlöse und Rekordschulden, dann von 2004 bis 2006 Kürzungen, begründet mit der Sorge um die Zukunft, und nun für die Jahre 2008 und folgende die Ankündigung umfassender Ausgabenprogramme, silberglänzend am Horizont, formuliert als „Bayern 2020“ und verteilt von den besten Köpfen Bayerns. Nein, nach stetiger und verlässlicher Politik hört sich das nicht an.

(Beifall bei der SPD)

Auch am nachhaltigen ökonomischen und fiskalischen Nutzen dieser stetigen Kehrtwende lässt sich zweifeln. Letztendlich zeigt der vorliegende Haushaltsentwurf in allen Einzelheiten die Folgen dieser Politik. So steigen im Jahre 2007 die Steuereinnahmen um fast 2,3 Milliarden Euro oder um nahezu 9 % an. Das ist eine Entwicklung, die angesichts der oben geschilderten bundesrepublikanischen Rahmendaten und aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung nicht verwundert. Diese positive Tendenz bei den Steuereinnahmen kennzeichnet auch schon das ganze Jahr 2006; die bayerischen Finanzämter erfreuen sich fast durchweg steigender Einnahmen, vor allem bei den Gemeinschaftsteuern. Somit wird das Finanzministerium wohl am Jahresende für das Jahr 2006 weniger Privatisierungserlöse einsetzen müssen als ursprünglich geplant. In der Folge stehen diese Erlöse in den kommenden Jahren zur Verfügung.

Der entscheidende Punkt aber ist, dass diese hohen Steuermehreinnahmen nicht zu einem adäquaten Anstieg der Investitionen in Bayern führen. Ganz im Gegenteil: Die Staatsausgaben wachsen zwar an, nämlich um knappe 2 %, aber die Investitionsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2006 um 0,4 %. Noch einmal zusammengefasst: Steuermehreinnahmen von 9 % führen zur Senkung der Investitionsquote um 0,4 %. Über diese bedauerliche Gleichung kann das IZB II mit seinen 380 Millionen Euro pro Haushaltsjahr an angeblich zusätzlichen Impulsen nicht hinwegtäuschen. Die entscheidende Frage bleibt: Wohin sickern die restlichen 2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen?

Die Antwort ist denkbar einfach: Der bayerische Staatshaushalt weist ein erschreckend hohes strukturelles Defizit aus. Jahr für Jahr klafft eine veritable Lücke zwischen den ordentlichen Einnahmen und den Ausgaben.

Jahr für Jahr wird diese Lücke mehr recht als schlecht gestopft: im Jahr 2005 – wir erinnern uns – durch eine Rekordneuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, im Jahr 2006 durch einen Mix aus rückzahlbaren Ablieferungen des Grundstocks, Rückforderung von Darlehen und Rücklagenentnahmen. Heuer nun soll die Lücke mit den sprudelnden Steuereinnahmen und weiteren Privatisierungserlösen geschlossen werden. Kein Wunder, dass für zusätzliche Impulse oder Investitionen kaum Spielraum vorhanden ist. Der vorliegende Entwurf ist insofern das nüchterne Resultat jüngerer Haushaltsgeschichte; denn seit 1994 werden in Bayern im großen Stil staatliche Beteiligungen – wir haben es heute gehört – veräußert. Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2007 werden sich diese Privatisierungserlöse auf über 7 Milliarden Euro summiert haben, das heißt 7 Milliarden Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln, 7 Milliarden Euro Volksvermögen, aus dem bis dato nennenswerte laufende Einnahmen erzielt wurden.

Diese Erlöse wurden in Programmen mit schicken Namen ausgegeben: Offensive Zukunft, Hightech-Offensive, dritte Tranche oder neuerdings IZB. All diese Etiketten suggerierten doch, dass zusätzliches Geld investiert werden sollte. Aber weit gefehlt! Die objektiven Haushaltsdaten zeigen die Schattenseiten der bunten Kulissen aus der Staatskanzlei: Seit dem Jahr 1994, dem Beginn der Veräußerungen, sank die Investitionsquote im bayerischen Staatshaushalt stetig. Betrogen die Investitionen im Jahr 1994 noch über 21 % an den gesamten Ausgaben, so erreichten sie in der letzten vorliegenden Haushaltsrechnung 2005 nur noch 11,4 %. Anders formuliert: Der zusätzliche Einsatz von bis dato 5 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen hat die Investitionsquote in Bayern fast halbiert.

Eigentlich sollten die Erlöse wieder dem Grundstock zugeführt werden; also Verwendung für neue Grundstücke, neue Beteiligungen oder neue staatliche Baumaßnahmen. Aber zunehmend wurden die Privatisierungserlöse zur Finanzierung bereits im Haushalt eingeplanter Maßnahmen verwendet. Der technische Kniff war die sogenannte Umfinanzierung. In der Praxis war das ganz einfach: Eine Baumaßnahme, die im Haushalt ohnedies geplant war, wurde durch Privatisierungserlöse grundstockskonform finanziert, die eingeplanten ordentlichen Haushaltsmittel flossen in eine Sonderrücklage „ersparte Haushaltsmittel“. Aus dieser Sonderrücklage wurde das Geld dann dem Haushalt für alle möglichen Zwecke zugeführt.

Diese Umfinanzierungen nahmen immer mehr zu. Der Oberste Rechnungshof stellt in seinem Jahresbericht 2004 zutreffend fest, dass sich der „Anteil an Umfinanzierungen... bei den verschiedenen Tranchen ... sukzessiv auf 100 % erhöht“ hat. Ganz problematisch war die Verwendung dieser umfinanzierten Mittel; denn die durch den Einsatz von Privatisierungserlösen ersparten Haushaltsmittel wurden immer weniger für Investitionen ausgegeben. Der ORH weist in besagtem Jahresbericht nach, dass schon bei der Offensive Zukunft Bayern III etwa 40 % der freigesetzten Mittel für konsumtive Ausgaben verwendet wurden. Im Übrigen: Die diversen Sonderrücklagen „ersparte Haushaltsmittel“ der verschiedenen Offensiven sind mit dem vorliegenden Doppel-

haushalt so gut wie aufgebraucht. Nur noch die Sonderrücklage „Folgekosten“ wird in sehr moderatem Umfang weitergeführt. Das Gros von einst 1,5 Millionen Euro ist weg.

Ich musste diese historischen Betrachtungen anstellen, weil sie der Grund für das vorher beschriebene strukturelle Haushaltsdefizit der Gegenwart sind: Auf Umwegen flossen die Privatisierungserlöse in den Aufbau von Apparaten und Strukturen, die heutige Haushalte belasten, die uns heute niedrige Investitionsquoten bescheren, die uns heute in die kuriose Situation bringen, dass der weitaus größte Teil von Steuermehreinnahmen nicht für zusätzliche Impulse in Bayern zur Verfügung steht.

Diese Entwicklung der Vergangenheit führt dazu, dass die letzten Reste des bayerischen Tafelsilbers zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Offensichtlich ist die Staatsregierung den Verlockungen der vielen Milliarden erlegen, offensichtlich ist sie vom Pfad der Tugend abgewichen. Statt nachhaltiger Effekte, auch auf die Handlungsfähigkeit des Freistaats, verursachte diese Praxis eine strukturelle Schieflage des Staatshaushalts. In den eigentlich fetten Neunzigerjahren wurde der Grundstock für die Folgekosten geschaffen, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Das ist Generationengerechtigkeit der ganz anderen Art.

Anstatt die virtuellen Zinsbelastungen von SPD-Anträgen zu etatisieren, sollten wir uns mit den realen Lasten von realer CSU-Politik beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

So kommt es, dass in einem für sich betrachteten guten Haushaltsjahr 2007 kaum mehr Spielräume vorhanden sind; denn trotz der üppig sprudelnden Steuern müssen erneut 461 Millionen Euro aus Eon-Erlösen zur Deckung des Finanzierungssaldos herhalten. Auch 2008 summieren sich Steuermehreinnahmen und Privatisierungserlöse auf stolze 1,4 Milliarden Euro, ohne dass nennenswerte neue Impulse auf der Ausgabeseite erkennbar werden. Der Doppelhaushalt gleicht mehr einem schwarzen Loch als einer schwarzen Null.

Dabei will ich den vorgelegten Doppelhaushalt gar nicht in Bausch und Bogen verwerfen.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Na, Gott sei Dank!)

Er enthält sinnvolle Ansätze und bildet in manchen Bereichen unsere langjährigen Forderungen ab. Aber das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft II“ – IZB II –, es wurde in aller Breite vorgestellt, unterstreicht doch die Richtigkeit meiner vorherigen Ausführungen: Da wird unter „Ländlicher Raum“ die Stärkung der Dorferneuerung mit 10 Millionen Euro in zwei Jahren als Erfolg gefeiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist ein Witz!)

Nun weiß doch ein jeder, dass damit noch nicht einmal die Kürzungen vergangener Haushaltsjahre wettgemacht sind. Gleiches gilt für die Regionalförderung.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der inneren Sicherheit werden 150 Millionen Euro für den Aufbau des Digitalfunks angesetzt. Allerdings war es doch schon immer erklärter Wille aller Beteiligten, aller Fraktionen, dass mit dem Aufbau begonnen werden soll. Darum gab es die Verpflichtungsermächtigung in den bisherigen Haushalten. Was ist dann daran neu? – Noch einmal zur inneren Sicherheit: Als „gezielter Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel“ wird die Erstaussstattung der neuen Justizvollzugsanstalten in Landshut und München gefeiert. Möchten Sie uns denn ernsthaft glauben machen, dass die beiden Anstalten ohne das „tolle“ Programm IZB II ohne Möbel und ohne Computer geblieben wäre?

An diesen Stellen wird deutlich, dass es für die anstehenden Haushaltsberatungen jede Menge Stoff gibt.

Lassen Sie mich abrundend zur Bewertung des Entwurfs noch drei Punkte ansprechen. Da wäre der auch heute wieder erwähnte Vergleich mit anderen Bundesländern. – Eine nette Übung und leider ohne Relevanz für die heutigen Beratungen. Offen gestanden – wenn schon die Belastungen Bayerns beim Länderfinanzausgleich als zu hoch eingeschätzt werden – wäre es mir lieber, dass der Ministerpräsident bessere Bedingungen aushandelt. Wenn wir nicht mit 2,3 Milliarden Euro dabei wären, wäre das eine Leistung und würde uns heute weiterhelfen.

Im Übrigen – wenn schon Vergleiche gezogen werden – empfehle ich einen Blick auf den Haushalt der bayerischen Landeshauptstadt. Sie werden nämlich feststellen, dass die Münchner nicht nur keine Neuverschuldung planen, sondern sogar den Abbau von Schulden realisieren.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Zweitwohnungssteuer!)

Sie setzen die satten Steuereinnahmen in eine Investitionsquote von 18 % um. Die Landeshauptstadt – einschlägig regiert – setzt die Benchmark. Das Beste kommt noch: München besitzt sein Vermögen noch! So viel zum Thema Vergleiche und Best Practice.

(Beifall bei der SPD)

Public Private Partnership – PPP – ist eines der vielen Instrumente, das unbedingt dem Echtttest unterzogen werden muss. Wir sind aufgeschlossen, wenn auch mit einer gehörigen Portion Skepsis. Immerhin sagen uns die Kammern, dass der Mittelstand von dem zwangsläufigen Generalunternehmertum nicht begeistert ist. Außerdem gibt es noch keine griffigen Nachweise, dass Kosten vermieden werden können. Dennoch haben wir zugestimmt, dass anhand von zwei Maßnahmen, nämlich für die Mainbrücke bei Miltenberg und für die JVA in München, PPP ausprobiert wird, die Erfahrungen evaluiert werden und dann über den weiteren Einsatz dieses Finanzierungsins-

trumentes entschieden wird. Immerhin sollte dann klar sein, ob tatsächlich Effizienzreserven gehoben werden können und die Bau- und Ausführungsqualitäten stimmen. Das ist ein klar definierter Ablauf, der im Übrigen im Haushaltsausschuss Konsens war.

Und nun, noch ehe diese Erfahrungen vorliegen, konfrontieren Sie uns mit einer ganzen Reihe von neuen PPP-Vorhaben, die ein Volumen von 230 Millionen Euro haben. Die Gründe liegen auf der Hand. Sie gehen davon aus, dass Sie auf Dauer kein Geld haben werden, um diese Vorhaben im ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Aber Geldnot ist bei der Implementierung neuer Instrumente immer ein schlechter Ratgeber. Deshalb wollte der Haushaltsausschuss erst die einschlägigen Erfahrungen abwarten.

Mich treibt „Bayern 2020“ um: Wir sind einiges gewohnt, wenn es um schöne Titel oder schillernde Programme geht. Dass wir nun aber seit einigen Tagen wissen dürfen, wen der Ministerpräsident nicht zu den besten Köpfen Bayerns zählt, freut uns doch – lässt es doch tiefe Rückschlüsse zu auf innige Beziehungen. Ich maße mir nicht an, die einzelnen Mitglieder der „Beste-Köpfe-Kommission“ zu kommentieren. Ich frage mich nur, was das soll – eine Kommission fürs Geldausgeben? Wofür diskutieren wir hier seit Jahren? Wofür diskutiert die Zukunftskommission der CSU-Fraktion? Wofür legt der Finanzminister einen Haushalt vor, wenn angeblich die Ermittlung des richtigen Ausgebens bisher nur unzureichend erfolgte? – Da lässt der Ministerpräsident seine Leute ganz schön im Regen stehen.

Und noch eines: Wir Parlamentarier müssen uns in regelmäßigen Abständen den demokratischen Voten stellen. Wir werden wegen des richtigen Umgangs mit dem anvertrauten Steuergeld periodisch beurteilt. Wir haben die Legitimation zum Haushalten, die Lizenz zum Budget. Mit diesem Recht begann einmal der moderne Parlamentarismus: „No taxation without representation“ war der Schlachtruf. Dieses vornehmste Recht sollte sich dieses Hohe Haus nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich mit diesem Appell zu den Vorstellungen der SPD, zu den Schwerpunkten, die wir im Doppelhaushalt 2007/2008 verankert wissen wollen, überleiten. Vorneweg möchte ich klarstellen: Es gibt ökonomische Situationen, in denen eine expansive staatliche Ausgabenpolitik zwingend gefordert ist. Diese Situationen rechtfertigen die Verschuldung des Staates. Für das Jahr 2007, und soweit wir das jetzt beurteilen können, auch für das Jahr 2008, sehen wir diese Notwendigkeit nicht. Vielmehr erlauben die üppigen Steuereinnahmen die Finanzierung unserer Vorschläge im Rahmen des jetzigen Haushaltsvolumens. Dazu ist eine andere Schwerpunktsetzung erforderlich. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir dies verdeutlichen. Wir sehen genügend Spielraum im vorliegenden Entwurf, und wir glauben, dass 2,3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und nennenswerte Privatisierungserlöse nicht einfach im Haushalt versickern dürfen.

Herr Kollege Maget muss richtig interpretiert werden. Er sagt nicht „mehr ausgeben“, sondern „anders ausgeben“.

(Beifall bei der SPD)

So werden wir beispielsweise auf einen sparsameren Mitteleinsatz bei den obersten Dienststellen drängen. Nach dem „munteren Ämterabbau“ in der Fläche ist eine effizientere Mittelverwendung in den Ministerien angesagt. Es hätte gutgetan, wenn beispielsweise die Staatskanzlei mit gutem Beispiel vorangegangen wäre. Aber weit gefehlt! Die Staatskanzlei gönnt sich einen kräftigen Schluck. Die im Haushaltsplan ausgewiesene Minderung der Ausgaben kann uns nicht täuschen.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie müssen ihren Wahlkampf finanzieren!)

Der neue Wirtschaftsminister Huber hat nämlich einen Teil der Medienförderung in sein neues Ministerium und somit auch die Summe von 500 000 Euro mitgenommen. Folgerichtig müsste der Ansatz bei seiner früheren Dienststelle, der Staatskanzlei, um eben jene 500 000 Euro sinken. Tut er aber nicht. Er sinkt bloß um 100 000 Euro. Im strengen Vergleich zu 2006 erhöht sich also der Ausgabeansatz der Staatskanzlei um 400 000 Euro. – Wahrscheinlich kein gutes Beispiel im Zeitalter der Abschaffung der Förderung von Altenheimen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Erhöhung verwundert aber nicht; denn seit 2004 haben sich im Etat der Staatskanzlei die Kosten für die Erforschung der öffentlichen Meinung fast verdoppelt. Die Ergebnisse müssen erschreckend gewesen sein;

(Franz Maget (SPD): Sind sie auch!)

denn sie haben im selben Zeitraum zu einer Versechsfachung der Informationsausgaben der Staatskanzlei geführt.

Natürlich – das wissen wir alle – kann mit dem Einzelplan 02 kein Staatshaushalt saniert werden, aber an den kleinen Beispielen sehen Sie, was noch alles möglich ist. Lassen Sie uns dies bei den Beratungen der Einzelpläne in aller Ruhe diskutieren.

Noch eines zu den Einnahmen: Mit Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass in puncto Verbesserung der Personalausstattung der Finanzverwaltung wenig bis gar nichts geschieht. Das ist keine Antwort auf die eindeutigen Feststellungen des Obersten Rechnungshofes, der Defizite bei der Umsatzsteuerprüfung, bei der Betriebsprüfung und im Innendienst ausmacht. Die neuesten Aussagen des Bundesrechnungshofes weisen in dieselbe Richtung. Ohne Zweifel: Kollege Schieder hat recht, wenn er immer wieder einen konsequenteren Steuervollzug anmahnt. Zum einen würde dies die Einnahmesituation des Staates schlagartig bessern; zum anderen wäre es ein Stück Steuergerechtigkeit; und zu guter Letzt wären wir dann nicht auf die Irrungen und Wirrungen Brüsseler Politik

angewiesen, die in gewohnter Arroganz dem Umsatzsteuerbetrug Vorschub leistet und nicht willens ist, den deutschen Antrag auf die Erprobung des Reverse-Charge-Verfahrens zu genehmigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Mahnungen der Kollegen Schieder und Wolfrum stehen durchaus im Einklang mit den Äußerungen versierter Praktiker. So beklagt ein Finanzamtsvorsteher öffentlich, dass die chronische Unterbesetzung zwangsläufig zu Qualitätseinbußen führen muss.

In einem Volumen von circa 400 Millionen Euro wollen wir andere Schwerpunkte setzen. Mittelfristig muss eine Investitionsquote von 15% erreicht werden. Diese Quote beten wir nicht um ihrer selbst willen an, sondern weil allenthalben im schönen Bayern Investitionsbedarf besteht: beim Schienenverkehr und beim Straßenbau, bei den Unterhaltsmaßnahmen im Tief- und im Hochbau, bei den Schulen, Universitäten und auf zahlreichen anderen Gebieten. Wir müssen die Relation Investitionen versus konsumtive Ausgaben deutlich zugunsten ersterer verändern. Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir so weitermachen wie bislang, wird uns bald jeglicher Spielraum abhanden kommen; denn nur über gezielte Investitionen wird es uns gelingen, auf Dauer Standortqualität zu schaffen, zu erhalten und damit auch Steuerkraft zu sichern.

Die Zukunft werden wir nur gewinnen, wenn wir unseren Kindern die beste individuelle Förderung angedeihen lassen, von der Kita bis zur Universität, in der Hauptschule und am Gymnasium, in der beruflichen Fortbildung und in der offenen Jugendarbeit. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Minister: Im strengen Sinne sind Ausgaben für Lehrer keine Investitionen. Aber für die zentrale Aufgabe unserer Zeit, für die Neujustierung unseres Bildungsangebots ist eine ausreichende Versorgung mit pädagogischem Personal unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen und wir können uns die Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr länger leisten. Diese Stagnation bzw. leichte Regression bei den Ausgaben zum Beispiel für Schulen ist kontraproduktiv. Mit Sorge sehen wir, dass der Ausgabeanteil für die Schulen von heuer 17,45% über 17,30% im nächsten Jahr auf schließlich 17,06% im Jahr 2008 absinkt. Wir benötigen an dieser Stelle mehr Geld.

Weil vor Kurzem eine vogelwilde Pressemitteilung durch die Gegend irisierte, in der diese Zahlen angezweifelt wurden, noch ein Satz: Wer die Ausgaben für die Versorgung und die Beihilfe ehemaliger Lehrer zum Maßstab aktueller Schulpolitik machen möchte, muss sich zu Recht nach seinen Maßstäben fragen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem Personal gilt unser Augenmerk den Ganztagschulen. Diese Schulform bietet weitaus mehr als nur neue Öffnungszeiten. Sie bietet Raum für individuelle Förderung und für innovative pädagogische Konzepte.

Ganztagsschulen stehen auch für die Anforderungen einer modernen Gesellschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wollen wir die Einführung der Ganztagsschule überall dort, wo sie gewünscht wird, wobei die Zielmarke sein soll, dass in fünf Jahren 30% der Schülerinnen und Schüler in Bayern ein Ganztagsangebot wahrnehmen können. In diesem Zusammenhang muss natürlich das mit Bundesmitteln hervorragend begonnene Ganztagsprogramm fortgeführt werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Hauptschulen nunmehr keine Förderung bekommen sollen. Es gibt hier – und Sie haben sie auch – böse Briefe vieler Bürgermeister.

Auf die Agenda muss auch die Entlastung der Familien. Weg mit dem Büchergeld!

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns keine Auslese über die Höhe des Kontos leisten. Wir können auch auf kein Talent verzichten. Die bildungspolitischen Akzente, die eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, beschränken sich keineswegs nur auf den Bereich der Schulen. Vielmehr betreiben wir Bildungspolitik aus einem Guss. Deshalb setzen wir in diesem Zusammenhang auch auf das kostenfreie letzte Kindergartenjahr – das tun auch unwesentliche Teile Ihrer Fraktion – und verstärkte Anstrengungen für Bayerns Universitäten.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, Exzellenzförderung ist gut und schön, aber die Formel „Exzellenz fördert der Staat, der Rest finanziert sich selbst“ ist kein Weg, den wir in der Wissenschaftslandschaft mitzugehen bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Erhöhungen bei den einschlägigen Sammelansätzen für Ausstattung, für Lehre und Forschung, um auch hier endlich Planungssicherheit herzustellen. Keine Frage: Die Einführung von Studiengebühren darf nicht das letzte große Unterfangen in der bayerischen Wissenschaftslandschaft gewesen sein. Ohne die im Entwurf vorhandenen Einnahmen aus Studiengebühren fallen die Steigerungen für die Universitäten nämlich bescheiden genug aus.

Dem Vernehmen nach – wir haben es heute wieder gehört – erfreut sich das Thema „Ländlicher Raum“ einer gewissen Konjunktur innerhalb von CSU und Staatsregierung.

(Susann Biedefeld (SPD): In Sonntagsreden! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf dem Papier!)

Sonderbar genug, weil im Zuge der Neufassung des jüngsten Landesentwicklungsprogramms davon wenig zu spüren war. Diese Meinung äußerte zumindest der regionale Planungsverband Donau/Wald, eine Hochburg des ländlichen Raums, der in einem Schreiben klipp und klar feststellt: „In der Neufassung des Landesentwick-

lungsprogramms wird der ländliche Raum teilweise schlechter gestellt als 2003.“ – Nicht nur deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass dem Thema des ländlichen Raums bzw. der Förderung strukturschwacher Räume die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Abwanderungsgelüste mancher oberfränkischer Gemeinden sollten die Letzten überzeugt haben. Die strukturschwachen Gebiete Bayerns brauchen eine klare Perspektive. Sie brauchen zuallererst eine zielgenaue und umfassende Wirtschaftsförderung, ganz egal, ob im Wege einer Sonderwirtschaftszone oder als Sonderprogramm. Zudem benötigen sie gesonderte Ansätze für Infrastrukturmaßnahmen. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen muss diese Förderwege unterstützen: Erhalt der wohnortnahen Schulen, Ganztagsangebote auch im ländlichen Raum, Nachbesserungen beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, integrierte medizinische Versorgung, Pflegenetzwerke und vieles mehr. Die Förderung des ländlichen Raumes muss eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe werden. Natürlich gehören auch die harten Infrastrukturmaßnahmen dazu: Schienenanbindungen und Straßen, moderne Telekommunikation und Technologietransfereinrichtungen. Keine Frage: Kongresse zum Thema sind gut, Haushaltsansätze sind besser.

(Beifall bei der SPD)

Gar nichts bringen dagegen Sätze wie dieser: „Natürlich werden große Wünsche für den ländlichen Raum formuliert, aber man muss sehen: Was passiert in der Welt?“ – Ich weiß jetzt nicht genau, was uns der Ministerpräsident damit sagen wollte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auf alle Fälle sollte ihm klar sein, dass der größte Teil Bayerns ländlicher Raum ist und dass dieser die nötigen Freiheiten und Mittel braucht.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Geld für Ihre Showveranstaltungen – wie die in Amberg – können Sie auch gleich einsparen!)

Bürokratieabbau sollte Daueraufgabe sein. Offenbar ist aber mit der flächendeckenden Liquidation von dezentralen Ämtern und Behörden dieses Thema vergessen.

Den nächsten Schritt, die Reform der obersten Dienstbehörden, traut sich keiner zu machen. Den wichtigsten Schritt, den Abbau von Vorschriften, überlässt man ganz irgendwelchen Kommissionen. So verwundert es nicht, dass die Weisheit von Verwaltungsreformen massiv bezweifelt wird.

Ein Beispiel dafür ist die Polizeireform. Mittlerweile ist wenigstens ein Teil der Kosten bekannt. An den Standorten der neuen Präsidien erfolgen umfangreiche Neubauten, Umbauten und Sanierungen. Davon war bei Verabschiedung der Reform nicht die Rede. Obendrein wird das Herzstück der Reform, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen, zur Makulatur. Es ist wie immer: Die Indianer haben keine Chance gegen die Häuptlinge. Erst heute

haben wir wieder erfahren, in wie vielen Städten schon private Sicherheitsdienste unterwegs sind, weil der Polizei anscheinend die Leute ausgehen. So wird umgebaut, im Bereich der B-Besoldung wird munter befördert, und Kritiker werden munter mit einem Maulkorb bedacht. Eine Verwaltungsreform ist das nicht.

Kosten werden nur dann in nennenswertem Umfang gespart, wenn Vorschriften fallen gelassen oder gar nicht erst erlassen werden. Kollegin Weinberger ist hier. In einer kleinen Bayerwaldgemeinde kann man die Regulierungswut gleichsam am lebendigen Objekt verfolgen. Die Gemeinde benötigt ein neues Feuerwehrfahrzeug. Sie hat sich als Ersatz für ihr 28 Jahre altes Fahrzeug ein zweckdienliches Tragkraftspritzenfahrzeug ausgesucht, das immerhin 100 000 Euro kostet – eine Menge Geld für die kleine Gemeinde. Die Staatsregierung aber schreibt der Gemeinde vor, dass sie ein Fahrzeug für 270 000 Euro kaufen soll. Natürlich bleibt der Zuschuss der gleiche. Diese Vorfälle veranlassen Ihre Bürgermeister nur zu einem müden Lächeln, wenn sie von Bürokratieabbau hören.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit werden sogar noch bestraft!)

Diese Vorfälle lassen Bayern im Ländervergleich ziemlich weit hinten stehen. Die Staatsregierung liebt diese Rankings. Sie haben ein solches Ranking heute auch schon zitiert. Jüngst hat die „Wirtschaftswoche“ wieder ein Ranking der Wirtschaftskraft der Länder veröffentlicht. Bayern – wir hörten es aus Ihrem Munde – schneidet dabei sehr passabel ab,

(Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser: Spitze! – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

aber nicht in jeder Kategorie, Herr Minister. Bei der Kategorie „Dieses Land vermeidet Bürokratie“ landet Bayern auf Platz 14 von 16 Plätzen. Das ist wahrlich kein Spitzenplatz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

Mit diesem Doppelhaushalt sollten wir der Entbürokratisierung neuen Schwung geben.

Beim kommunalen Finanzausgleich sind wir dieses Jahr ein gutes Stück weitergekommen. Allerdings bleiben Themen wie die vollständige Übernahme der G-8-Kosten auf der Tagesordnung. Ebenfalls müssen wir uns mittelfristig eine Anpassung des Finanzausgleichs an die demografischen Gegebenheiten überlegen. Zu guter Letzt sollten die überlangen Wartezeiten bei Zuschüssen der Vergangenheit angehören. Bei den oft gelobten Investitionen auf vielen Gebieten – auch auf dem Gebiet des FAG – haben wir noch längst nicht das Niveau von 2003 erreicht. Mit dem Investitionsniveau von 2007 liegen wir um 200 Millionen unter dem Niveau von 2003. Es besteht also reichlich Nachholbedarf.

Für alle diese Aufgaben benötigt der Staat natürlich eine adäquate Finanzausstattung. So sehr wir gewillt sind, bei den obersten Dienstbehörden einzusparen, so sehr werden wir uns um eine ausreichende personelle Ausstattung an den Schulen, in der Justiz, bei den Lebensmittelkontrollen, in den Finanzämtern und natürlich bei der Polizei bemühen. Wir wollen den privaten Sicherheitsdienst in unseren Städten nicht als Regelinstrument haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf guten Service, auf garantierte Sicherheit und Zukunftschancen. Mit diesen ambitionierten Zielsetzungen freuen wir uns auf die Etatberatungen. Wir halten vom Kurshalten sehr viel. Es kommt allerdings darauf an, wohin der Kurs geht – ob mit Captain Jack Sparrow auf der Black Pearl oder auf der Titanic, das werden wir sehen. Wir sehen es in den Haushaltsberatungen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsident Alois Glück:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt kommt die heile Welt in Unterhaching!)

**Engelbert Kupka (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist wohl der letzte Haushalt, den Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser nicht nur einzubringen, sondern inklusive eines Nachtragshaushalts auch zu vollziehen hat.

(Franz Maget (SPD): Wieso? Tritt er zurück?)

Dieser Haushalt ist auch der Doppelhaushalt, der wie kaum ein anderer zuvor die Finanzpolitik Bayerns weit in die Zukunft hinein ausrichten und bestimmen wird.

(Zurufe von der SPD: Es ist Ihr allerletzter Haushalt! – Franz Maget (SPD): 2008 ist Schluss!)

– Hören Sie doch auf, Sie haben es in der Zeitung doch schon gelesen.

(Franz Maget (SPD): Sie bestätigen es ja auch noch!)

Deshalb möchte ich nicht die Haushaltsdaten wiederholen, die der Finanzminister hier umfassend dargelegt hat. Seinen Ausführungen schließe ich mich vollinhaltlich an. Herr Kollege Maget, es hat sich auch gezeigt, wie schwer sich Herr Dupper mit einer substanziellen Kritik am Haushalt getan hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte in gebotener Kürze begründen, warum ich diesen Doppelhaushalt für richtungsweisend in die Zukunft halte. Ich glaube, das ist für dieses Haus wichtiger als mancher einzelne Punkt, der hier vorgetragen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für diese Einschätzung sprechen vor allen Dingen sieben Gründe.

Erstens. Mit der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts wird der in Bayern eingeschlagene Konsolidierungskurs unumkehrbar. Im März 2005 haben wir im Landtag den Beschluss gefasst, ab 2006 einen Haushalt ohne Netto-neuverschuldung aufzustellen. Dieser Beschluss wurde relativ unbeschwert, vielleicht sogar sehr positiv aufgenommen. Manche verlangten sogar eine Verankerung dieses Grundsatzes in der Verfassung. Der Finanzminister hat aber von Anfang an nicht nur auf die Notwendigkeit dieses Beschlusses hingewiesen, sondern er hat auch deutlich betont, dass ein steiniger Weg vor uns liegt, dass schmerzhaft Einschnitte notwendig sind und dass die Stunde der Wahrheit, Herr Kollege Dupper, im Doppelhaushalt 2007/2008 schlägt.

Heute hat der Finanzminister nach dem Nachtragshaushalt 2006 zum zweiten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dabei sei darauf hingewiesen, dass wir einen Ausgleich im Ist bereits beim Doppelhaushalt 1999/2000 hatten. Es kommt aber darauf an, dass ein Ausgleich ohne Nettoneuverschuldung schon im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglich ist. Das ist nun der Fall. Schon zum zweiten Mal wird jetzt diesem Haus ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Wir, die CSU-Fraktion, werden deshalb den Finanzminister bei den Beratungen im Haushaltsausschuss und im Plenum darin unterstützen, dass dieser Haushalt auch ohne Nettoneuverschuldung verabschiedet wird, selbst wenn Sie, Herr Kollege Dupper, ein so schönes Programm vorgelegt haben.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2007/2008 wird hinsichtlich einer erneuten Nettoneuverschuldung der „Point of no return“ erreicht. Wer jetzt ein Millionen- oder gar Milliardenprogramm vorlegt, wie Sie es getan haben, muss auch offen sagen, dass er wieder den Weg in die Verschuldung einschlagen will, oder er muss erklären, wo noch stärker gekürzt werden soll. Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie uns, Herr Kollege Dupper, im Haushaltsausschuss vorschlagen werden. Wer lediglich, wie Sie es bisher getan haben, auf die Finanzplanung bis 2010 verweist oder für den Haushalt 2007/2008 als erste Tranche 350 bis 400 Millionen fordert, dazu aber lediglich sagt, dieses Geld sei in den Haushalt einzustellen, der entfernt sich von einer wirklich verantwortungsvollen Haushaltspolitik und von einer ernst zu nehmenden Finanzpolitik.

Wenn ich die Aussagen Ihrer Pressekonferenz richtig verstanden habe, steht als Deckungsvorschlag lediglich drin: „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“. Sie fordern nur und arbeiten nach dem Motto: Oppositionspolitik besteht darin, von der Regierung das zu fordern, was zu erfüllen sie nicht in der Lage ist. Das kann aber nicht Sinn dieser Haushaltsberatung sein.

(Christa Naaß (SPD): Welche Pressekonferenz?  
– Jürgen Dupper (SPD): Ich habe keine Pressekonferenz gegeben, Herr Kollege!)

– Ihre Pressemitteilung liegt mir vor.

Zweitens. Dieser Doppelhaushalt und der Ausblick auf 2009/2010 zeigen deutlich, dass es das nächste Ziel bayerischer Finanzpolitik sein muss, die Ausgaben den laufenden Einnahmen gegenüberzustellen und nur so viel auszugeben, wie wir auch einnehmen, das heißt ohne den Einsatz von Privatisierungsmitteln zu arbeiten. Denn diese sind „endlich“, wie der Finanzminister auch ganz deutlich gesagt hat. Trotz der harten Sparmaßnahmen – da gebe ich Ihnen recht –, trotz der bereits erreichten Haushaltskonsolidierung und trotz der erwarteten höheren Steuereinnahmen besteht ein strukturelles Defizit, das ohne die 303 Millionen Euro aus den Privatisierungserlösen im zweiten Teil des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“ den Einsatz von Grundstockmitteln im Umfang von rund 770 Millionen Euro erforderlich macht. Auch 2009/2010 wird noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 700 Millionen bestehen, das ausgeglichen werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Wer heute also einen Wechsel auf die Zukunft zieht, muss auch sagen, wie dieses strukturelle Defizit im nächsten Doppelhaushalt beglichen werden soll. Die Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dies in ihrer Pressekonferenz zwar sehr genau analysiert, aber gleichzeitig die falschen Schlüsse gezogen; denn es macht doch keinen Sinn, zuerst festzustellen, dass dem Haushalt wegen des Anstiegs der Ausgaben Grundstockkapital zugeführt werden muss, und gleichzeitig Millionenbeträge für zusätzliche Bildungs-, Sozial- und Ökologieaufgaben zu fordern. Das Doppelmotto dieses Haushalts heißt: Kurs halten und Maß halten. Nur so lässt sich der eingeschlagene Erfolgskurs, den der Finanzminister vorgestellt hat und den wir über Jahre verfolgen, einhalten. Es macht aber keinen Sinn, einfach Wünsche zu äußern, die nur über Schulden zu finanzieren sind. Die Zeiten einer Kängurupolitik – große Sprünge mit leerem Beutel – sind vorbei. Das muss jeder wissen.

(Beifall bei der CSU)

Der Verweis auf die Steuereinnahmen ist vollkommen unzulässig, wenn man sieht, welche Haushaltsstrukturdefizite wir nach wie vor haben.

Drittens. Wenn wir auf Dauer einen Haushalt ohne Neuverschuldung wollen, ist es notwendig, die Personalkosten zu senken und den Staat von Versorgungsausgaben zu entlasten, wie es dieser Doppelhaushalt meines Erachtens unzweifelhaft aufzeigt. Trotz der erreichten Ausgabenreduzierungen und der steigenden Steuereinnahmen, die ich schon erwähnt habe – es sind immerhin 16 % von 2006 bis 2010, Herr Kollege Dupper, ich gebe Ihnen recht: das ist nicht wenig –, wird die Personalkostenquote bis 2010 auf über 44 % ansteigen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wenn man hier irgendwelche Anträge und Forderungen stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Nochmals: Trotz einer enormen Steigerung der Steuereinnahmen werden die Personalkosten bis zum Jahr 2010 auf 44 % ansteigen. Wenn die Steuermehreinnahmen nicht so, wie wir es hoffen, kommen, werden wir über ganz andere Zahlen reden müssen.

(Werner Schieder (SPD): Ihr werdet euch noch anschauen!)

In der Reduzierung dieser Kosten wird deshalb der Schlüssel für den Gestaltungsrahmen künftiger Landtage liegen. Wer wie die SPD viele Tausend Stellen allein im pädagogischen Bereich fordert, muss sich im Klaren darüber sein, welche Zukunftslasten er dem Staat und damit allen Bürgern auflädt.

(Susann Biedefeld (SPD): Uns geht es um die Kinder!)

Kollege Dupper, es geht nicht nur um diesen Doppelhaushalt, nur um die Ausweisung irgendwelcher Planstellen. Sie bringen diese Stellen doch nicht mehr weg! Ich nenne Ihnen einmal folgendes Beispiel: Eine Lehrer- oder Lehrerinnenstelle, ausgerichtet auf die Lebensarbeitszeit, kostet 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommt eine weitere Million Euro für die Pension und die Witwenrente. Ich beklage das nicht, aber wenn Sie Tausende von neuen Stellen fordern, müssen Sie diese Zahlen im Hinterkopf haben. Wer gleichzeitig die Umschichtung von Stellen im Bildungsbereich ablehnt und sagt, Stellen dürfen nicht von der Schule an die Universität oder von der Volksschule ans Gymnasium umgeschichtet werden, handelt nicht zukunftsorientiert. So kann man nicht mit den Steuern umgehen, die uns zur Verfügung stehen, in einer Zeit, in der eine sparsame Haushaltsführung notwendig ist.

Um die Pensionskosten zu senken, hat das Kabinett am 18. Juli 2006 einen Pensionsfonds beschlossen. Die Zuführungen sollen ab 2009 beginnen. Eine nachhaltige Senkung der Personalkosten lässt sich aber nur dann erreichen, wenn der Staat bereit ist, sich auf den Kern seiner Aufgaben zu beschränken. Das wird für uns eine Daueraufgabe sein. Wir wissen, dass in der Verwaltung natürlich ein gewisses Beharrungsvermögen besteht, wenn irgendwelche Vorschläge auch aus dem Parlament gemacht werden. Aber wenn wir gemeinsam dieses Problem anpacken, wird es uns gelingen, hier wirkliche Kosteneinsparungen herbeizuführen.

Dass wir dennoch im Bildungsbereich erstrangig für die Zukunft investieren wollen, hat der Finanzminister eingehend dargelegt. Bildung hat in Bayern oberste Priorität. Es zeichnet unsere Politik aus, dass zwei bayerische Universitäten den Exzellenz-Wettbewerb gewinnen konnten. Mit der Universität Würzburg war eine dritte bayerische Hochschule in der Endrunde. Bayern konnte nichts Besseres passieren, als dass die Wissenschaft alleine, ohne Zutun der Politik, wie die „Süddeutsche Zeitung“ heute schrieb, den Sieger bestimmte. Wir werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass trotz der notwendigen Reduzierung der Personalkosten überall dort, wo es erforderlich ist, wie in den Bereichen Bildung, Wissen-

schaft, innere Sicherheit und Justiz, die erforderlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Viertens, sparen – reformieren – investieren. Seit dem Nachtragshaushalt 2004 haben wir ein Einsparvolumen von mehreren Milliarden Euro erarbeitet. Beim jetzt vorliegenden Doppelhaushalt sehen wir zum ersten Mal deutlich die Früchte dieser Anstrengungen. Wir haben uns allein für dieses und das nächste Jahr neue Schulden in Höhe von jeweils 2,5 Milliarden Euro erspart. Damit stehen uns wegen eingesparter Zinsen jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Zinslast hätte auch anders aussehen können, nämlich zusätzliche 300 Millionen Euro, wenn wir all Ihren Anträgen in den vergangenen Jahren gefolgt wären. Diesen Investitionsvorsprung dürfen wir nicht einfach verkonsumieren. Aber schon legt die Opposition Anträge vor, die künftige Haushalte blockieren würden. Der Finanzminister hat es auf eine kurze und prägnante Formel gebracht: Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik. Ich darf an dieser Stelle auf die vier vom Finanzminister genannten Zukunftsfelder verweisen: Hochschule, Bildung und Wissenschaft, Kinder und Familie, innere Sicherheit und die Stärkung des ländlichen Raumes. 758 Millionen Euro werden wir in den Jahren 2007 und 2008 in Bayerns Zukunft investieren. Das heißt in der Tat: sparen, reformieren und investieren.

Fünftens, Erhöhung der Investitionsquote.

(Joachim Herrmann (CSU): Sehr richtig!)

Eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung und eine niedrige Zinslastquote streben wir nicht nur deshalb an, Herr Kollege Dupper, um im Ländervergleich besonders gut dazustehen. Sinn machen diese Anstrengungen doch nur, wenn davon auch die Investitionen profitieren. Ich nenne den Straßenbau, die Universitätskliniken, die Hochschulen, die Fachhochschulen und den öffentlichen Personennahverkehr, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft.

(Werner Schieder (SPD): Es wird doch überall weniger!)

Herr Dupper, Sie haben beklagt, die Investitionsquote sei zu niedrig; sie läge weit unter 10 %, wenn wir in der Vergangenheit Ihren Anträgen zu den jeweiligen Doppelhaushalten gefolgt wären. 12 % sind uns zu niedrig; wir wollen sie steigern.

(Werner Schieder (SPD): Sie sinkt doch!)

15 % sollen wieder erreicht werden. Dazu gehört aber, dass wir das Geld nicht verkonsumieren, sondern wirklich investieren.

(Werner Schieder (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Lesen Sie doch den Haushalt!)

Sechstens. Bayern ist mit diesem Doppelhaushalt zum Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur geworden. Zwischenzeitlich hat sich jedes zweite Bundesland zeitlich auf einen ausgeglichenen Haushalt festgelegt. Dies ist enorm wichtig, wenn man den Länderfinanzausgleich im

Auge hat; denn es kann letztlich auf Dauer nur allen schaden, wenn eine solide Haushaltsführung denen schadet, die sich mit großen Anstrengungen in ihren Länderparlamenten durchsetzen, und gleichzeitig diejenigen begünstigt werden, die relativ sorglos Schulden machen. Wir müssen lernen, zwischen notwendiger Solidarität und organisierter Unverantwortlichkeit zu unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Dauer hilft es uns nichts, zu sparen und Schulden zu vermeiden, wenn wir über den Länderfinanzausgleich und über den Umsatzsteuerausgleich um die Früchte unserer Arbeit gebracht werden. Mit diesem schuldenfreien Doppelhaushalt verstärken wir im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform den Druck für die Erreichung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Siebtens, der enge Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache allein, dass die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erstmals die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten, ist nicht wichtig. Wenn aber das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs um mehr als vier Prozentpunkte über dem Wachstum des Haushalts liegt – und zwar mit dauerhaft substantziellen Verbesserungen für die Kommunen –, dann zeigt dies unsere Haltung, dass ein starker Staat auch starke Kommunen braucht. Dabei will ich gar nicht auf die vom Finanzminister detailliert vorgetragenen Themen wie Solidarumlage, Steuerverbund, Bedarfzuweisung, Sozialhilfeausgleich, Schülerbeförderung und ÖPNV-Ausgaben eingehen. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Doppelhaushalt für die Zukunft substantziell und dauerhaft verstärken. Das haben auch die kommunalen Vertreter und die Spitzenverbände so gesehen und honoriert.

Lassen Sie mich noch kurz drei Bereiche streifen, nämlich IZBB, die Kürzungen der EU bei der Landwirtschaft und IZB II. Zunächst zum Thema IZBB: In den Jahren 2003 bis 2005 wurden insgesamt 839 Anträge von Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Realschulen und Gymnasien positiv verbeschrieben. Dabei gingen 33 % der Mittel an die Volksschulen und circa 58 % an die Gymnasien. Soweit bei den Gymnasien noch Ansprüche aufgrund der Konnexität bestehen, werden diese erfüllt werden. Nachdem die gesamte Verteilung der IZBB-Mittel in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgt ist, werden wir mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber sprechen, inwieweit wir über das FAG weitere Förderungen durchführen können und durchführen müssen.

Wir werden auch darüber zu diskutieren haben, inwieweit wir die Hunderttausend-Euro-Grenze in Artikel 10 FAG im Einzelfall aussetzen können, damit die kleinen Kommunen nicht zweimal benachteiligt werden. Diese Gemeinden sind nämlich aus der IZBB-Förderung ausgeschieden und würden dann auch noch der Bagatellgrenze zum Opfer fallen. Wir wollen jedoch keine Mogelpackung, wie sie in anderen Ländern in Form eines Milliarden-Nachfolgeprogramms vorgelegt worden ist. Die Fakten sehen dort bei näherem Hinsehen anders aus. Dort haben die

Kommunen die eigentliche Hauptlast dieser Finanzierung zu tragen.

Nun zu den Mittelkürzungen der EU bei der Landwirtschaft: Aufgrund der Einsparungen der EU in der zweiten Säule fehlen der Landwirtschaft 80 Millionen Euro. Der Finanzminister hat bereits dargelegt, dass es eine große Leistung in diesem Doppelhaushalt darstellt, dass wir die Komplementärmittel trotz des Wegfalls der europäischen Förderung beibehalten haben. Wir haben auf diese 80 Millionen Euro noch 20 Millionen Euro für Investitionen und 5 Millionen Euro für Dorferneuerungsprogramme draufgelegt.

(Werner Schieder (SPD): Sind das jetzt mehr oder weniger Mittel?)

– Die Landesmittel erhöhen sich um 20 Millionen und 5 Millionen Euro. Die EU-Mittel werden weniger. Herr Kollege Schieder, Sie wissen das ganz genau. Wir können uns nachher noch einmal darüber unterhalten.

Wir werden aber auf Dauer nicht alle ausfallenden EU-Gelder durch Landesmittel ersetzen können. Die CSU-Fraktion ist gerade dabei, über den bevorstehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft zu diskutieren und die notwendigen Folgerungen zu ziehen; denn für uns ist es wichtig, dass die bäuerliche Landwirtschaft in der heutigen Struktur erhalten werden kann.

Herr Kollege Dupper, Sie haben die weiteren Investitionen über IZB II in Höhe von 40 Millionen Euro – verteilt auf beide Haushalte – angesprochen. Wir werden dazu noch Vorschläge unterbreiten. Sie werden das sicherlich auch noch tun. Wir werden bei den Haushaltsberatungen Gelegenheit haben, über diese Vorschläge zu diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit diesem Doppelhaushalt kehren wir zu unserer früheren Verfahrensweise zurück. Wir werden ihn zügig, aber doch gründlich durchberaten und noch in diesem Jahr abschließend im Plenum behandeln. Ich glaube, das trifft auch bei den übrigen Fraktionen dieses Hohen Hauses auf Zustimmung. Vor den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss liegen anstrengende Wochen. Ich bin aber sicher, dass wir in unserer gewohnten konstruktiven Arbeitsweise diese Herausforderung bewältigen werden. Im Dezember-Plenum vor Weihnachten werden wir alle Einzelpläne und damit den Haushalt verabschieden können.

Lassen Sie mich zum Schluss dem Finanzminister ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU – Jürgen Dupper (SPD): Jetzt wird es pathetisch!)

Er ist zwar mit einem gebrochenen Fuß, aber nicht mit einem gebrochenen Herzen hierher gekommen. Der Finanzminister steht wie kein anderer für diesen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Es war bei Gott nicht einfach. Herr Kollege Dupper, nicht nur bei Ihnen oder bei den GRÜNEN, auch bei uns wird sehr heftig diskutiert, wenn es darum geht, Einschränkungen vorzunehmen.

Der Finanzminister hat sich nicht beirren lassen. Wir können jetzt die ersten Früchte dieser harten Arbeit ernten.

Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank für diese Leistung, die in Deutschland beispielhaft ist und die die anderen Länder animiert hat, diesem Beispiel zu folgen. Vielleicht wird sich dies auch auf den Länderfinanzausgleich auswirken, für den wir sehr hohe Zahlungen zu leisten haben.

In diesem Sinne wünsche ich uns im Haushaltsausschuss gute Beratungen. Herr Kollege Dupper, ich bin sicher, dass wir diese Beratungen relativ unaufgeregt zu Ende bringen werden.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Ich darf jetzt Herrn Kollegen Mütze das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteilen. Herr Kollege Mütze, was bringen Sie da mit?

(Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe nur eine Tasche für meine Rede dabei! – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Früher waren Jutetaschen notwendig!)

Herr Kollege Mütze, ich hoffe, dass Sie mit der Tasche nicht mehr vorhaben.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Vielleicht muss er sich übergeben!)

– Herr Kollege Dr. Spaenle, ich muss doch bitten.

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Lieber Herr Kollege Dr. Spaenle, auf diesen Zwischenruf fiele mir etwas sehr Nettes ein, wenn ich in Ihre Richtung sehe. Das werde ich jedoch jetzt nicht sagen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wenn Sie meine Ästhetik stört, kann ich mich umdrehen!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kupka, ich finde es sehr erstaunlich, dass Sie den Herrn Finanzminister in einem Zusammenhang mit Maradona und seiner „Hand Gottes“ nennen. Herr Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser, Respekt. Ich bin einmal gespannt, ob das die Sportpresse auch so weitergeben wird.

(Engelbert Kupka (CSU): Was wollen Sie damit sagen?)

– Sie haben doch dem Herrn Finanzminister gedankt, dass er dank Gottes einen so tollen Haushalt vorgelegt hat. Als Fußballpräsident müssten Sie eigentlich über Maradona und die „Hand Gottes“ Bescheid wissen.

Ich möchte einen Zusammenhang herstellen zwischen dieser Tüte und der Haushaltsrede. Ich wollte damit nicht die Präsidentin oder das Parlament missachten. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, als der Finanzminister

seinen Haushalt vor der Presse vorgestellt hat. Damals kam er ganz stolz mit der originalen Tasche des Finanzministers Graf Montgelas. Herr Finanzminister, Sie waren sicher erfreut, dass Sie dieses feine Stück mitnehmen durften.

Sie selbst haben das bestimmt als guten Scherz aufgefasst, denn Sie sehen sich in der Tradition des Grafen Montgelas; von daher passt das auch. Wir nicht, wir sind in dieser Frage etwas humorlos. Für uns steht diese Tasche nämlich für eine Finanzpolitik nach Gutsherrenart, bei der der Finanzminister entscheidet und das Volk – der Landtag – abnickt.

Ich habe nur aus diesem Grunde diese Tüte mitgebracht. Diese Tüte steht nämlich für die Realität in Bayern, eine Realität, vor der Sie, Herr Finanzminister, anscheinend gern die Augen verschließen, wenn Sie von „Ihren“ Gymnasiasten reden und von den tollen Entscheidungen, die für die Universitäten getroffen wurden. Im Freistaat wächst nämlich die Armut, trotz – oder vielleicht sollte man besser sagen: wegen – Ihrer angeblich so guten Politik für Bayern. Ein Anhaltspunkt dafür ist die inzwischen auch in Bayern angekommene Armut. 8,2 % aller bayerischen Kinder – Herr Finanzminister, ich kann verstehen, dass Sie das nicht interessiert –, das sind mehr als 157 000, leben in Bayern in Armut. Lassen Sie sich diese Zahl im Munde zergehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Prekariat!)

– Prekariat nennt man das heutzutage, ein neuer Begriff wurde dafür geprägt. Es breitet sich ein recht bitterer Geschmack aus, doch Sie haben nichts Besseres zu tun, als mit einer elitären Geste auf sich aufmerksam zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die verfehlte Sozialpolitik, die sich in diesem Haushalt manifestiert, komme ich später noch zu sprechen.

Wie sehen die allgemeinen Zahlen aus? – Sie haben gesagt: Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort; zweitens, wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft, mit den genannten Schwerpunkten; drittens, wir stärken unsere Kommunen. Zu allen drei Punkten möchte ich Ihnen etwas sagen. Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort. Wie gesagt, das ist eine Punktlandung, vielleicht nicht 2006, aber ganz sicher 2008. Außerdem haben Sie selbst, Herr Finanzminister, darauf hingewiesen, dass wir, so wie es aussieht, danach Schulden werden machen müssen. Zumindest haben Sie diese Möglichkeit offengelassen. Wiederum setzen Sie Privatisierungserlöse ein, um den laufenden Haushalt zu finanzieren. Das haben Sie selbst angesprochen. Sie sagen, das sei normal. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie das noch als falsche Finanzpolitik kritisiert.

Was aber machen wir, wenn die Privatisierungserlöse ausgegeben sind? Das scheint bald der Fall zu sein, nämlich nach dem Jahr 2008. Das ist dann aber nicht mehr Ihre Sache, sondern die Sache Ihres Nachfolgers oder

Ihrer Nachfolgerin, aber es ist interessant, darüber nachzudenken.

Ein Weiteres: Ihr Haushalt steigt. Das sind die steigenden Steuereinnahmen, und es ist die Konjunktur, die Ihnen unter die Arme greift. Und da ist die höchste Steuererhöhung, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Dabei muss ich diese ganze Seite des Landtags mit der SPD und der CSU ansehen; denn es waren Ihre Schwestern und Brüder im Bundestag, die sie beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Pfui! – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Es gibt ein gutes bayerisches Sprichwort, das heißt: Mit vollen Hosen ist gut stinken. Genau so kann ich mir den Stolz auf Ihren Haushalt vorstellen.

(Unruhe bei der CSU)

Welche Auswirkungen die Mehrwertsteuererhöhung wirklich hat, werden wir spätestens bei der Haushaltsaufstellung im Oktober 2008 wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir den hier vorgelegten Haushaltsentwurf ansehe, dann fällt mir ein Film ein, der den Titel trägt: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Vielleicht kennen Sie diesen Film. Es ist ein Hollywood-Streifen, und ich weiß nicht, ob Sie sich auf dieses Niveau herablassen, Herr Finanzminister.

(Peter Welnhöfer (CSU): Normalerweise nicht!)

– Eben, deshalb erkläre ich den Film. Ich kann ihn nur empfehlen. Der Inhalt dieses Films, mit Bill Murray, passt auf Ihre Finanzpolitik wie die Faust aufs Auge. Es wiederholt sich alles, alles kommt immer wieder. Im Film wird aber irgendwann alles besser, bei Ihnen hingegen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kennen den Film? – Ja. Sehen wir uns die Schwankungen im Haushalt der letzten Jahre genauer an. Es fällt eines auf: In den Wahljahren wird der Geldbeutel immer weit geöffnet. Es werden Programme aus dem Boden gestampft, es werden Gelder verteilt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNEN): Immer das-selbe!)

So war das bisher, bei der Bundestagswahl 2002, bei der Landtagswahl 2003. Die 5-Milliarden-Offensive aus den Privatisierungserlösen ist inzwischen fast weg. Wir dachten nach den Sparhaushalten der letzten Jahre, dass es damit vorbei sei. Aber Sie probieren es schon wieder. Ein neues Programm muss her, um die Wahl 2008 propagandistisch vorzubereiten. Von Reformen ist nicht die Rede – Entschuldigung, dass ich dieses Wort überhaupt in den Mund nehme; denn „Reformer“ ist in Bayern inzwischen zu einem Schimpfwort geworden. „Reformer“ ist inzwischen fast so schlimm wie „Depp“.

Es geht darum, die gebeutelten Menschen wieder aufzurichten, ihnen wieder den Glauben an diese Staatsregierung zurückzugeben. Das neue Programm heißt: „Investieren in Bayerns Zukunft“. Dabei fällt als Erstes auf, dass es nicht mehr so hoch dotiert ist wie die, die wir schon kennen. „Zusätzliche Haushaltsmittel“ sollen „gezielt“ eingesetzt werden, und zwar in Höhe von 758 Millionen Euro. Herr Finanzminister, das mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln müssen Sie uns noch einmal erklären. Entweder diese Mittel stehen im Haushalt, oder sie stehen nicht im Haushalt. Zusätzliche Mittel, die wären aber neu. Ich hoffe außerdem, dass die restlichen 35 Milliarden Euro, die auch im Haushalt stehen, nicht ungezielt ausgegeben werden, was man aus Ihren Worten fast schließen könnte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nun zu den einzelnen Schwerpunkten. Die Hochschule, in Ordnung. Aber waren Sie es nicht selbst, die das G8 einführen und den Studentenberg damit selbst produzierten, der im Jahr 2011 auf uns zukommen wird? Haben Sie diesen Berg nicht selbst verursacht? – Jetzt müssen wir eben dafür sorgen, dass genügend Personal da ist und die Hochschulen gut ausgestattet sind, damit sie die Unterrichtsbedingungen erfüllen können. Selbst schuld, könnte man da sagen. Bei einem Mittelbedarf von zwei Milliarden sind 140 Millionen Euro für Investitionen ein Anfang, mehr aber auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Hochwasser-Aktionsprogramm“: Sie haben den Hochwasserschutz unter „Ländlicher Raum“ zusammengefasst. Herr Minister, dieses Programm haben Sie in den letzten Jahren durch den Landtag gepeitscht. Nach jedem Hochwasser war es wieder soweit, Sie haben sich mit Ihrem Hochwasserprogramm gebrüstet. Jetzt wird dieses Programm schon wieder durchs Dorf gejagt. Da frage ich mich schon: Was ist daran neu?

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Was toll ist, ist toll!)

150 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für den Digitalfunk. Herr Finanzminister, diese Digitalfunk-Entscheidung ist doch über lange Jahre hinweg diskutiert worden. Wir verfolgen das im Finanzausschuss. Dort geben Sie uns jedes Jahr einen Bericht. Was ist daran neu? Was ist daran innovativ? – Neu ist daran nur, dass Sie das auf Ihre Fahnen schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Entscheidung, die bundesweit gefallen ist und die alle Länder und der Bund gemeinsam tragen. Das ist schön, und es ist eine Investition, natürlich, aber muss man sich deshalb damit brüsten?

(Margarete Bause (GRÜNE): Er muss sich mit allem brüsten, er hat ja sonst nichts!)

– Eben. Was wir hier haben, ist kein Investitionsprogramm für Bayerns Zukunft, sondern ein Programm: „Ich mache endlich meine Hausaufgaben“. Doch auch diese Hausaufgaben machen Sie nur zum Teil. Dafür würden Sie in der Schule eine schlechte Note bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Setzen, fünf!)

Beginnen wir von vorn. Sehen wir in den Haushalt. Es ist nur eine Petitesse, doch es ist immer wieder schön, wenn man erfährt, wofür die Haushaltsmittel ausgegeben werden, bevor irgendetwas Offizielles von Ihrem Ministerium auf dem Tisch liegt. So durfte ich kürzlich aus dem Magazin des Filmförderfonds Bayern erfahren, dass die Filmförderung um eine Million Euro aufgestockt wird. Dass diese Förderung noch zu beraten ist, darüber steht da kein Wort. Die Maßnahme an sich halte ich zwar für sinnvoll, kein Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird aber exemplarisch deutlich, wer diesen Haushalt wirklich beschließt. Wer hat denn das Budgetrecht? Der Landtag, oder – –?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Genau! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Haushalt auf Gutsherrenart!)

Schauen wir uns doch einmal einen Schwerpunkt an, den Sie gebildet haben. Nach Ihrer Meinung ist die Bildung ein Schwerpunkt. Schauen wir uns das an. Am letzten Wochenende, auf Ihrem Parteitag in Augsburg, haben Sie es wieder einmal beschworen:

(Zuruf von der CSU)

– Genau, die Stärkung der Hauptschule. Die Hauptschule braucht ein neues Profil. – Jawohl, das muss besser werden. Man muss sich auf die schwierige Klientel einlassen. – Auch das unterstreiche ich sofort. Die Delegierten kannten aber den Haushaltsentwurf nicht. Denn was steht dort? Was passiert an der Hauptschule? – Der Hauptschule werden 1650 Lehrerstellen entzogen. Das passiert mit der Hauptschule. Das ist die Realität, lieber Herr Finanzminister, nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie müssen genau hinschauen, Sie haben an der Hauptschule die geringste Klassenfrequenz!)

– Genau hinschauen? – Ich habe zehn Jahre lang genau hingeschaut, Herr Kollege Waschler.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist doch Themaverfehlung! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Nein, das ist es nicht, tut mir leid. Eigentlich haben Sie, Herr Minister, das genau erfasst. Ich zitiere Sie aus der „Süddeutschen Zeitung“:

Wissen wird von Menschen vermittelt. In der Schule ist nicht die schwarze Tafel entscheidend,

sondern die Qualität und die Zahl der Lehrkräfte.

Warum nehmen Sie dann der Hauptschule die Lehrerinnen und Lehrer weg, wenn diese für den Bildungserfolg dieser Gruppe von Schülern entscheidend sind?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Schon wieder Themaverfehlung! Beachten Sie die Konstellation!)

Wenn Sie es mit der Stärkung der Hauptschule ernst meinen würden, dann beließen Sie zumindest die 1000 Lehrkräfte an der Hauptschule, die dort nötig sind. Von den 650, die Sie einziehen, rede ich schon gar nicht mehr. Wir brauchen kleinere Klassen, wir brauchen ein niedrigeres Lehrer-Schüler-Verhältnis, um wenigstens die Chance zu haben, diese Kinder besser zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wären einmal konkrete Taten, die auch von anderer Seite gefordert werden. Der Bayerische Städtetag in der Person von Herrn Schaidinger hat Ihnen beim nächsten Punkt, beim Ganztagsschulprogramm, die Leviten gelesen.

Man stelle sich vor: In den letzten vier Jahren flossen über das von Rot-Grün – man darf es noch erwähnen – im Bund verabschiedete IZBB-Programm 600 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung nach Bayern. Kollege Dupper hat darauf hingewiesen: Das war eigentlich gar nicht so gedacht. Man hat es aber ermöglicht. Bayern war froh, dass es das Geld einsetzen konnte. Wiederum war das G8 der Grund, dass Finanznot herrschte. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: „Wir wollen Ganztagschulen weiter ausbauen.“ Mutig! Was bringen Sie dafür ein? Ein Plus von 5 Millionen Euro im Jahr. Wir reden dann von 35 Millionen Euro pro Jahr.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist lächerlich!)

Vergleichen Sie das miteinander, und dann sagen Sie mir, was daran mutig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin aus der „Wirtschaftswoche“ zitiert. Ich könnte ganz andere Quellen zitieren: aus sozialen Zeitschriften, aus Zuschriften von sozialen Initiativen, wie die Ihre Politik kommentieren.

Sie haben die „Wirtschaftswoche“ hergenommen. Es ist Ihr gutes Recht, positive Nachrichten herzuziehen, um Ihre Politik in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Aber es ist auch unser Recht – das werden Sie verzeihen –, Zitate zu nehmen, die nicht so fein mit Ihrer Politik umgehen.

Kein Wunder, dass der schon angesprochene Herr Schaidinger meinte:

Die Verbesserung des Bildungssystems in Sonntagsreden zu fordern,

– so wie Sie es in Augsburg getan haben –

reicht nicht. Wir brauchen dazu konkrete Taten, und die kosten nun einmal Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Recht hat er.

Den Mut für echte Bildungsinitiativen haben Sie nicht. Wir fordern Sie auf: Belassen Sie die 1000 Lehrerstellen in der Hauptschule und schaffen Sie trotzdem die Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen an Realschule und Gymnasien. Das wäre mutige Bildungspolitik in diesen Zeiten.

Kommen wir zum Thema „Ländlicher Raum“. Sie haben in Ihrem Skript den ländlichen Raum extra noch einmal aufgeteilt. Ich nenne die Punkte. Unter „Ländlicher Raum“ subsumieren Sie: Hochwasserschutz, die Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen und Staatsstraßen- und Brückenbau. Das ist bei Ihnen Stärkung des ländlichen Raums.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Alles nicht in München!)

– Das liegt alles nicht in München, kann ja sein. Aber das Einzige, was wirklich Stärkung des ländlichen Raums an sich, der Strukturen ist, wird mit 18 Millionen Euro verstärkt. Eine Ski-WM im ländlichen Raum ist zwar ganz schön. Aber Sie müssen uns schon erklären, wo da Schwerpunkte für den ländlichen Raum liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Abendzeitung“ brachte heute einen Kommentar zum Thema „Arm und Reich“, der mir gut gefallen hat. Dort steht unter anderem:

Es reicht nicht, immer nur Werte und Bildung zu fordern, wie das Politiker

– hier ergänze ich: vor allem Politiker der CSU –

gerne tun. Man muss die Vermittlung dieser Werte und dieser Bildung auch bezahlen wollen. Das wäre Aufgabe des Staates.

Das wäre also Aufgabe von uns allen als Vertreter dieses Staates. Sie verweigern sich hierbei, weil Sie falsche Prioritäten setzen, weil Sie nur die Eliten im Blick haben und die anderen Ihnen eigentlich recht egal sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit kommen wir zu Ihren schwachen Seiten. Kultur und Natur Bayerns interessieren Sie offensichtlich nicht mehr. Den landesweiten Denkmalschutz wollen Sie in Ihrem Reformwahn völlig aushebeln – der Gesetzentwurf liegt vor. Die Schlagzeile dazu heute war: „Denkmalschutz zum Abbruch freigegeben“. Kollege Spaenle – ist er noch da? – könnte das auch kommentieren. Der Verfall der kulturell wertvollen Bausubstanz in Bayern wird die Folge sein.

In der Landwirtschaft ist es dasselbe. Sie kürzen denen die Mittel, die die Kulturlandschaft pflegen, wogegen Wachstumsbetriebe gefördert werden sollen. Na, vielen Dank! Zum Glück ist der weiß-blaue Himmel über Bayern nicht von Ihnen und der Finanzierung abhängig, sonst würde er sich wahrscheinlich grau in grau präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiß-blauen Himmel braucht man doch nicht – wofür denn?

Die nächste schwache Seite ist der Sozialhaushalt. Ich habe den Bildungshaushalt und den Sozialhaushalt extra ein bisschen deutlicher kommentiert; denn das sind unsere Schwerpunkte in diesen beiden Haushaltsjahren. Ich denke, wir sind uns einig, dass Sozialleistungen mit ihrem zumeist präventiven Charakter eine gesamtgesellschaftliche und auch volkswirtschaftliche Funktion erfüllen. Defizite werden frühzeitig erkannt und behoben. Damit werden Folgekosten für den Staatshaushalt reduziert. Der Entwurf des Doppelhaushalts zeugt dagegen an vielen Stellen nicht nur von sozialer Blindheit, sondern auch von volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.

Im Unterschied zu CSU und Staatsregierung erkennen wir den vielfachen wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik als Produktivfaktor für Bayern an und wollen deswegen Sozialpolitik entsprechend ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ist zuerst die Jugendsozialarbeit an Schulen zu nennen. Wenn rund 10 % der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen und wir das so hinnehmen und ihnen damit ein prekärer Weg droht, ist das eine gefährliche Entwicklung für unser Gemeinwesen. Dies erfordert frühzeitige Investitionen nicht nur in Bildungspolitik im Allgemeinen, sondern insbesondere auch in die Schul- und Sozialarbeit für Haupt- und Berufsschüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tun Sie? – Sie haben ein Programm aufgelegt, in ferner Zukunft 350 Stellen für ganz Bayern zu schaffen, was Sie noch nicht geleistet haben. In diesen beiden Jahren stellen Sie jeweils 800 000 Euro für diesen Posten ein. Das würde dann für 40 Stellen mehr pro Jahr reichen. Darauf können Sie richtig stolz sein.

Wir halten rund 1000 Stellen für ganz Bayern in den nächsten vier Jahren für nötig. Das kann sehr wohl

zusammen mit den Kommunen finanziert werden. Das würde diesen Schülern auch wirklich eine Hilfe sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Ihnen das gefällt, Herr Finanzminister. Aber aus diesem Haushalt kann man ablesen, dass die Schwächsten der Gesellschaft die geringste Lobby bei der Staatsregierung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hierzu zählen neben Menschen in existenzgefährdenden Problemlagen und Ausländern auch Menschen mit Behinderungen und alte Menschen, die unserer Hilfe eigentlich bedürften. Die Staatsregierung nimmt ihren Auftrag, für ein menschenwürdiges Leben aller zu sorgen, nicht ernst genug.

Am Beispiel des Blindengeldes kann man dies gut erklären. Blinde haben zur Bewältigung ihres Lebens ständig einen Mehrbedarf aufzubringen. Das Blindengeld hat die Zielsetzung, diesen Mehrbedarf aufzufangen. Deshalb ist das kein staatliches Almosen, sondern es soll Blinde und Sehbehinderte in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Bringschuld!)

Dazu reicht das seit dem Nachtragshaushalt 2004 gekürzte Blindengeld nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder auf das alte Niveau steigt, damit diesen Menschen ein lebenswürdiges Leben möglich wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: Mit einem Federstrich, sozusagen in einem Nebensatz im Haushaltsausschuss, erfuhren wir, dass die Mittel für Investitionszuschüsse und Darlehen für Investitionen in der Altenhilfe einfach so gestrichen werden. Anders als bei Neubauten finden sich für die notwendige Renovierung, Modernisierung und den Substanzerhalt nur schwer Privatinvestoren, denen Sie das überlassen wollen. Zudem fiel mit dem Ende der staatlichen Unterstützung auch die kommunale Kofinanzierung weg. Es ist unserer Meinung nach sozialpolitisch unverantwortbar, diesen baulichen Verfallsperspektiven der bayerischen Altenheime durch den Rückzug staatlicher Mitfinanzierung Vorschub zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD) – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auch der Minister wird alt!)

– Auch der Minister wird mal alt. Da darf man ihm wünschen, dass er nicht in einer solchen nicht renovierten Anlage landet.

(Zuruf von den GRÜNEN: In einem Schloss!)

– Vielleicht findet er noch Verwendung für das Montgelas-Schloss, das er noch nicht gekauft hat.

In den letzten Wochen gab es in der CSU Diskussionen, ob man das Landeserziehungsgeld möglicherweise zugunsten der Kinderbetreuung vielleicht – – aber halt! Da wurde die Diskussion schon unterbunden. Dabei kostet das Landeserziehungsgeld nicht nur sehr viel Geld, sondern es erreicht weder sein Ziel einer erhöhten Geburtenrate noch leistet es einen Beitrag zur dringenden Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zudem fördert es faktisch eine Lebensplanung von Frauen am Herd, was in keiner Weise unserem Frauenbild entspricht; ich weiß nicht, ob es Ihrem Frauenbild entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie wollten sich doch – Kollegin Görlitz, ich schaue auf Sie – ein modernes Frauenbild anschaffen, gerade um in den Städten punkten zu können. Ich weiß nicht, ob Sie das damit erreichen werden. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrer Politik für die Bürgerinnen und Bürger, müsste hier mehr geschehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Gabsteiger (CSU))

– Es tut mir leid, Kollege, aber ich habe so lange gewartet, jetzt dürfen Sie auch ein bisschen warten.

Viele Dinge harren in Bayern der Erfüllung, viele Dinge warten darauf, dass sie finanziert werden: Universitäten, Schulen, Krankenhäuser. Das sind Dinge, die allen zugute kommen. Es kann nicht angehen – damit spreche ich jetzt etwas an, was heute auch schon Thema war –, dass Sie unter anderem den Traum vom schnellen Fahren zum Flughafen träumen oder von tiefer gelegten Schiffen, die die Donau befahren können, oder von einer zweiten Stammstrecke in München und gleichzeitig die Kommunen oder andere Träger von Schulen sechs Jahre lang ihre Baumaßnahmen vorfinanzieren dürfen, schauen können, wie sie das irgendwie schultern, die Seniorenheime – wie ich es schon angesprochen habe – sehen können, von wem sie die Sanierung bezuschusst bekommen. Das kann nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lasse einmal die dritte Startbahn weg; ich bin ja lernfähig. Wenn Sie sagen, Sie erwarten, dass die Flughafen GmbH diese finanziert, dann gehen wir davon aus, dass das so passieren wird, wobei wir den Bau selbstverständlich ablehnen. Es bleiben die angemahnten drei Dinge: Stammstrecke, Donauausbau und Transrapid. Hier wird locker mit Milliarden herumjongliert in Ihren Häusern, in den Häusern Ihrer Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wobei Sie mit noch keinem Wort – –

(Zurufe des Staatsministers Prof. Dr. Kurt Fallthäuser und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Natürlich haben Sie gesagt, wir reden erst darüber, wenn es ordentlich finanziert ist. Dann verbieten Sie gefälligst Ihren Kollegen und auch dem Ministerpräsidenten das Wort!

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Herr Finanzminister, nur eine Frage: Hat Sie der Herr Huber gefragt, bevor er gesagt hat, er werde die Mittel Bayerns für den Transrapid verdoppeln? Hat er Sie gefragt oder nicht, bevor er das gesagt hat? Ja oder nein?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das hat er nämlich nicht getan. Und wenn er das kann, dann können wir sehr wohl, Herr Finanzminister, genauso für Schulen, für Lehrer und für soziale Projekte Gelder fordern

(Beifall bei den GRÜNEN)

und müssen uns nicht um die Gegenfinanzierung kümmern; denn Ihr Kollege macht genau dasselbe.

(Zuruf von der CSU)

Die angesprochenen Projekte sind ökologisch und verkehrspolitisch – das haben wir Ihnen hinreichend erklärt – überflüssig und zudem – das dürfte Ihnen auch langsam aufgehen – völlig unfinanzierbar.

Die Finanzplanung haben Sie selber angesprochen. Da steht kein Euro drin. Sie wissen nur jetzt schon – ich hatte es am Anfang bereits gesagt –, dass das strukturelle Defizit erhalten bleibt, die Mittel aus OZB und IZB auslaufen, und Privatisierungserlöse gibt es nicht mehr.

Was machen Sie dann? Sie persönlich werden sich interessiert aus der Urlaubsperspektive anschauen, wie Ihr Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin versucht, einen Haushalt aufzustellen. Wir aber sind dann immer noch da, und wir wollen auch dann noch verantwortbare Finanzpolitik betreiben.

(Zuruf von der CSU)

Daher: Finger weg von Großprojekten, die uns in unbeherrschbare finanzielle Schwierigkeiten bringen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu Ihrem Fazit zum Finanzausgleich mit den Kommunen. Sie sagen, die Kommunen fühlen sich fair von Ihnen behandelt. Gilt das auch für die 24 % der Kommunen, die keinen Zuführungsbeitrag im Jahr 2006 erwirtschaften konnten? Sind auch die fair behandelt worden? Betrifft das auch die 20 % Kommunen, die ihren Haushalt nur unter rechtsaufsichtlicher Genehmigung erstellen konnten? Betrifft das auch die vielen Kommunen, kreisangehörigen Gemeinden, die Kassenkredite in schwindelerregender Höhe in den letzten Jahren aufgenommen haben? Betrifft das auch, Herr Finanzmi-

nister? – Solange das so ist, kann ich diese Befriedigung, der da Ausdruck gegeben wird, überhaupt nicht verstehen.

Es kann schon sein, dass es auf Städte wie Aschaffenburg – das gebe ich gerne zu – zutrifft. Wir haben dieses Jahr eine Gewerbesteuereinnahme so hoch wie noch niemals zuvor. Aber Aschaffenburg ist doch eine Ausnahme, das muss klar sein. Nicht alle Kommunen schwimmen so in der Gewerbesteuer und haben solche hervorragenden Haushalte: zehn Jahre mit null Neuverschuldung – ein gutes Beispiel für den Freistaat – wie Aschaffenburg. Solange das so ist, Herr Finanzminister, wäre ich vorsichtig mit dem Eigenlob.

Sorgen Sie bitte für einen Haushalt, der wirklich finanz-, bildungs- und sozialpolitisch nachhaltig ist, der die Kommunen in Not wirklich unterstützt! Wir werden in den kommenden Haushaltsberatungen unsere Anträge dazu stellen; einige habe ich schon skizziert. Wir freuen uns auf die rege Diskussion darüber. Wir freuen uns auch über Sinneswandel auf Ihrer Seite und Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Zu Wort hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser gemeldet.

**Staatsminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser** (Finanzministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diese erste Aussprache zu unserem Doppelhaushalt.

Ihnen, Herr Dupper, möchte ich sagen: Respekt vor Ihrer Rede. Sie haben ohne Schaum vor dem Mund Ihre Auffassung dargelegt, gut strukturiert – inhaltlich falsch.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Aber ich habe mit Respekt zur Kenntnis genommen, was Sie vorgetragen haben und wie Sie es vorgetragen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war der Ritterschlag! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie werden verstehen, dass der Finanzminister dem, was Sie dargelegt haben, nicht zustimmt. An einer Stelle haben Sie etwas völlig Falsches gesagt. Darf ich das korrigieren, ohne oberlehrerhaft zu wirken?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich bin nicht derjenige, der Klarsichthüllen hin- und hergeschoben hat.

Sie haben gesagt, dass die Finanzausgleichsleistungen 2007 das Niveau von 2003 noch nicht einmal erreicht hätten. Herr Kollege, das ist falsch. Die Landesleistungen betragen im Jahre 2003 4,8 Milliarden Euro,

(Anhaltendes Lachen bei den GRÜNEN)

und im Jahre 2007 liegen die reinen Landesleistungen bei 5,4 Milliarden Euro. Das ist eine erhebliche Steigerung.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe)

– Ist das heute eine fröhliche Mädchenrunde, oder was?

Das ist eine Steigerung von 12 %. Das darf ich doch sagen. Das heißt, die massiven Steigerungen beim Finanzausgleich kommen auch an dieser Stelle eindeutig zum Ausdruck.

Zur Investitionsquote, die Sie in besonderer Weise noch einmal herausgestellt haben: Ich halte es für angemessen, wenn Sie die Investitionsquote – gemeinsam mit uns – mit Sorge betrachten. Es ist dies meiner Ansicht nach eine Entwicklung in den Landeshaushalten insgesamt, die Verwaltungshaushalte sind, und Verwaltung schlägt sich auch in Personal nieder. Bei uns schlägt es sich nicht in Zinszahlungen nieder, weil wir seriös wirtschaften. Aber diese Entwicklung stellen wir überall fest.

Warum wir in diesem Doppelhaushalt nun einen Rückgang haben, beruht allerdings – das muss ich erläutern – vor allem auf einem einmaligen Sondereffekt. Wir haben im laufenden Haushalt die Leistungen, das Kapital für die Landesbank und für die Messe München aufgestockt, und diese Aufstockungen gelten definitionsgemäß als Investitionen. Das ist ein einmaliger Vorgang, der im nächsten Jahr nicht mehr entsprechend zählt. Dementsprechend kommen wir von diesem einmalig nach oben gefahrenen Niveau wieder herunter.

Allerdings muss ich doch fragen, wenn Sie, Herr Dupper, fordern, wir müssten 15 % – das ist im Übrigen, wie Sie wissen, auch das erklärte Ziel des Haushaltsausschussvorsitzenden Ach und von mir – wieder erreichen. – Man braucht Ziele, um sie wirklich heftig anstreben zu können. – Ich frage: Wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie gleichzeitig, im gleichen Atemzug 400 Millionen Euro für die Bildung, insbesondere im konsumtiven Bereich, sprich: Lehrer usw., ausgeben wollen?

Sie werden, wenn Sie einen derartigen Brocken, wie Sie es gefordert haben, in Angriff nehmen, keine Chance mehr haben, tatsächlich die Investitionsquote zu erhöhen. Das ist eine grundsätzliche Fragestellung, über die wir uns permanent unterhalten müssen.

Sie sollten sich aus dieser Fragestellung, die uns im gemeinsamen Ringen betrifft, jedoch nicht durch eine Neudefinition der Investitionsquote herausreden. Wenn ich die Investitionen in Bildung, in Lehrer usw. auch zur Investitionsquote rechne, dann habe ich keine Schwierigkeit, nicht nur 15 %, sondern sehr schnell wesentlich höhere Prozentsätze zu erreichen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Lassen Sie uns in den Beratungen und auch in den zukünftigen Aussprachen immer wieder die Frage stellen:

Was bedeutet das für die Investitionsquote? Ich fürchte für Sie, dass Sie oftmals dabei erwisch werden, dass Sie durch Ihre Forderung die Investitionsquote reduzieren und nicht der von Ihnen vorgetragenen Zielsetzung, 15 % zu erreichen, dienen werden. Das ist ein schwieriger Vorgang.

Kollege Mütze, Sie haben rhetorisch gefragt, wo die zusätzlichen Mittel sind. Sie würden erwarten, dass ich Ihnen das erkläre. Auch ich stehe da mit Fragezeichen vor Ihnen. Das sind auf der einen Seite zusätzliche Haushaltsmittel aufgrund der entsprechenden Sparvorschläge und zusätzlich Steuereinnahmen über das Niveau des Jahres 2006 hinaus. Da uns das nicht gereicht hat und da wir der Meinung waren, vor allen Dingen im investiven Bereich noch etwas unternehmen zu müssen, haben wir noch 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen für diese Investition zur Verfügung gestellt. Das sind zwei verschiedene Quellen für ein Gesamtkonzept unter einem Dach. Es sind also von zwei Seiten zusätzliche Mittel: zusätzliche Privatisierungserlöse und zusätzliche Haushaltsmittel, die wir unsererseits entsprechend unseren programmatischen Vorgaben zielbewusst eingesetzt haben.

Politik ist Richtungsentscheidung. Ich glaube, die Zahlen, die wir Ihnen mit diesem Investitionsprogramm, mit diesem Zukunftsprogramm vorlegen, zeigen, dass wir Richtungsentscheidungen mutig vornehmen.

Dabei muss man auch – ich wiederhole das, weil dazu so vorwurfsvoll gesprochen wurde – Umschichtungen innerhalb einzelner Haushalte vornehmen. Deshalb halte ich es für richtig – ich wiederhole das ausdrücklich, und die Schulpolitiker werden das bestätigen –, dass Grund- und Hauptschullehrer, weil die Zahl der Kinder in diesen Schularten sinkt, versetzt bzw. haushaltspolitisch gewissermaßen in andere Schulen umgesetzt werden. Alles andere wäre doch glatter Unsinn.

(Zurufe von der SPD und von der CSU)

Unserer Politik würde kein Mensch mehr Glauben schenken, wenn wir das nicht machen würden.

Herr Mütze, zum Thema ländlicher Raum haben Sie etwas herausgegriffen, was mich wirklich erstaunt. Sie haben gefragt, was die Investition in die Skiweltmeisterschaft in Garmisch mit ländlichem Raum zu tun habe. Es erstaunt mich doch sehr, dass Sie die Zusammenhänge hier nicht wahrnehmen. Was wollen wir denn tun, um im ländlichen Raum zu fördern und anzustoßen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Schulen fördern!)

Wollen wir aus der Gießkanne Geld verstreuen? Das dürfen wir nicht, und das wäre auch sinnlos, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Die vorhandenen Strukturen stärken! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Das Einzige, was wir tun können, ist, vorhandene Strukturen zu stärken und dort, wo Chancen bestehen, diese Chancen zu fördern. Wenn ein Fremdenverkehrsort wie Garmisch glücklicherweise durch den vehementen Einsatz einer Reihe von Persönlichkeiten, nicht zuletzt auch des Ministerpräsidenten, tatsächlich den Zuschlag bekommt, dann müssen Sie erkennen, dass das eine Chance ist. Dafür müssen Sie dann freiwillige Mittel zur Verfügung stellen – man wäre dazu nicht verpflichtet –, um die Weltmeisterschaft möglichst glanzvoll auszurichten und auf diese Weise diesen Ort auch langfristig wieder attraktiv zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch das Problem aller unserer Alpengemeinden. Von Partenkirchen bis Oberstdorf haben wir das Problem, dass dieser ländliche Raum spezifischer Art im Fremdenverkehr hinter der Schweiz und Österreich hinterherhinkt. Das ist nicht auf politisches Versagen zurückzuführen, sondern darauf – ich darf das hier sagen –, dass etliche Verantwortliche in der Gastronomie usw. die letzten 20 oder 30 Jahre verschlafen haben. Wenn Sie dort politisch etwas machen wollen, können Sie das nur mit zusätzlichen Maßnahmen tun, indem Sie am Tegernsee neue Schiffe ins Wasser setzen, um die Attraktivität des Tales zu erhöhen, indem Sie dafür sorgen, dass beispielsweise in Berchtesgaden ein ordentliches Hotel und eine ordentliche Dokumentationsstelle gebaut werden, indem Sie Oberstdorf und Garmisch bei der Skiweltmeisterschaft helfen. Mehr Möglichkeiten haben Sie nicht. Aber das ist ein klassischer Fall von Förderung punktueller Art im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das nicht mehr geht, verstehe ich nichts mehr.

Meine Damen und Herren, Herr Mütze hat gesagt, dass wir unbedingt 1000 Stellen für die Schulsozialarbeit brauchen würden. Ich nehme an, das haben Sie mittel- und langfristig gemeint.

(Margarete Bause (GRÜNE): Vier Jahre, hat er gesagt!)

– Wer ruft denn da immer dazwischen? – Ich weise darauf hin, dass in diesem Doppelhaushalt Mittel für 71 Stellen vorgesehen sind. Ich verstehe Sie überhaupt nicht – ich mache Sie nur auf Ihre Widersprüche in Ihren Aussagen zum Haushalt aufmerksam –, wenn Sie auf der einen Seite vor der Presse mit Tremolo in der Stimme sagen, die Staatsregierung gebe im Gegensatz zu den Beschlüssen im Finanzplanungsrat mehr als 1 % aus, gleichzeitig aber hier im Haus auf den Putz hauen und 1000 Stellen allein für die Schulsozialarbeit fordern. Ich frage Sie: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie sparen und die Ausgaben begrenzen, oder wollen Sie 1000 Stellen allein in einem Spezialbereich?

Ich verstehe auch nicht, wie Sie sagen können, wir seien so unglaublich unsozial, weil wir bei den Altenheimen sparen. Darf ich Sie auf die Marktlage hinweisen? Die pri-

vaten Altenheime schießen überall aus dem Boden. Wir haben ein massives Überangebot.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ach, das ist doch Schmarrn! – Gegenruf des Abgeordneten Markus Sackmann (CSU))

– Also, Sie versuchen im Sozialausschuss sicherlich das Gegenteil zu beweisen. Aber das ist die Realität, die uns mit Daten und Fakten flächendeckend auf dem Tisch liegt. Sie müssen in der Haushaltspolitik dann Prioritäten festlegen, indem Sie sagen, dass in diesem Bereich staatlicher Zuschuss offenbar nicht mehr notwendig ist, weil die privaten Kräfte, auf die ich auch nicht immer vertraue, weiß Gott nicht, in diesem Markt eine große Rolle spielen.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

**Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser** (Finanzministerium): Aber selbstverständlich.

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Mütze** (GRÜNE): Danke schön, Herr Finanzminister. – Ich weiß, Sie sind nicht *der* Bildungspolitiker. Aber ich frage Sie: Halten Sie angesichts von fast 4000 Schulen in Bayern die Zahl von 350 Schulsozialarbeitern für ausreichend?

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser** (Finanzministerium): Da ich kein Bildungspolitiker bin, wage ich hier nicht die Aussage, die ich machen möchte. Ich bin der Ansicht, dass die Spezialisierung von Schulsozialarbeitern ein hochproblematischer Vorgang ist. Aber das ist meine sehr persönliche Auffassung. Das Kümmern um die sozialen Belange ist nämlich in vorrangiger Weise auch eine Aufgabe des Lehrers.

(Beifall bei der CSU)

Es darf nicht sein, dass sich der Lehrer nur noch so definiert, dass er sagt: Ich bin derjenige, der für die Wissensvermittlung gegenüber dem Kind zuständig ist, aber die sozialen Belange, wie das zu Hause aussieht, wie der Schüler betreut wird oder ob er gefrühstückt in die Schule kommt, das interessiert mich nicht. – Diese Trennung der Aufgaben sehe ich in der Bildungspolitik nicht. Aber ich bin nur Laie. Insofern haben Sie recht. Es ist meine persönliche Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Ich wollte noch etwas zu dem sagen, was Sie zum Transrapid gesagt haben. Wir wissen ganz genau, dass wir den

Transrapid in diesem Land unter industriepolitischen Zielvorstellungen brauchen. Das ist eine Aufgabenstellung der Bundesrepublik Deutschland vorrangig unter industriepolitischer Zielsetzung. Wir sollten uns glücklich schätzen, dass diese Zielsetzung in Bayern und nur noch in Bayern realisiert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen fest, dass alle möglichen technischen Entwicklungen, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Ausgangspunkt hatten, ausnahmslos nicht mehr in Deutschland produziert werden, weil wir das verschlafen haben. Wir sollten dies nicht verschlafen. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Dass die 185 Millionen Euro, die wir bisher zur Verfügung gestellt haben, Herr Mütze, bei einer Gesamtsumme von 1,85 Milliarden Euro nicht ausreichen, ist mir auch klar. Dazu finden die Gespräche mit dem Bund, der vorrangig finanziell verpflichtet ist, noch statt. Aber selbstverständlich habe ich mit Erwin Huber den Spielraum diskutiert.

Der Spielraum nach oben ist da. Wenn man dieses Projekt will, muss der Freistaat Bayern zusätzliche Mittel in die Hand nehmen, und das werden wir auch tun. Das ist mit Erwin Huber abgesprochen; denn wenn man etwas will, muss man es meiner Ansicht nach auch durchsetzen können.

Ich möchte jetzt kurz etwas zum FAG sagen. Sie halten das für völlig unzureichend und sagen, soundso viele Kommunen seien nicht zufrieden. Ich meine, die Entwicklung der kommunalen Finanzen ist vor dem Hintergrund des wachsenden Steueraufkommens und aufgrund des Finanzausgleichs zufriedenstellend. Mir ist – das sage ich in aller Deutlichkeit; Sie können es als Polemik bezeichnen – die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände zum kommunalen Finanzausgleich wichtiger als Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss will ich etwas ansprechen, Herr Mütze, das mich sehr schmerzt hat. Sie stellen darauf ab, dass der hier sprechende Finanzminister nach der nächsten Landtagswahl nicht mehr Mitglied in diesem Hohen Hause ist.

(Zuruf von der CSU)

Das ist erklärtermaßen meine Absicht und nichts Neues. Wenn Sie aber daraus die Schlussfolgerung ziehen, das, was der hier handelnde Finanzminister tut, habe den Charakter „nach mir die Sintflut“, dann will ich nur unterstreichen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Was ich in den Haushaltsverhandlungen in allen Einzelgesprächen im Ringen um einen soliden Haushalt auch dieses Mal wieder gemacht habe, ist nicht nur auf die nächsten zwei Jahre gerichtet. Das wäre relativ leicht gewesen. Es ist

vielmehr sehr langfristig angelegt, damit auch mein Nachfolger eine vernünftige Grundlage für seine Arbeit hat.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Mütze, Sie haben noch Redezeit. Bitte sehr!

**Thomas Mütze (GRÜNE):** Herr Finanzminister, ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber ich muss mich jetzt doch noch einmal zu Wort melden, weil Sie mir zum Schluss unter der Hand unterstellten, ich stritte Ihnen die Ernsthaftigkeit ab, die Ihrem Beruf zukommt. Sie selber haben in der Pressekonferenz gesagt, dass die Gefahren im Finanzplan 2009/2010 klar auf dem Tisch liegen: Unterfinanzierung insgesamt 770 Millionen Euro, so sagten Sie. Und Sie meinten – auch das habe ich vorhin in meiner Rede erwähnt –, dass man eventuell über Schulden nachdenken müsse. Auch das ist nicht falsch zitiert, denke ich.

(Zurufe von der CSU)

– Also, dann lese ich vielleicht die falschen Zeitungen, aber gut, das mag sein.

Das alles aber heißt für mich, Sie zeigten, dass es unter Ihrer Ägide bis zum Jahre 2008 relativ gut läuft, aber zu dem, was dann kommt – ich will es nicht so formulieren „nach mir die Sintflut“, wie Sie es getan haben –, fragen wir schon, wie die Finanzpolitik nach 2009 in Bayern aussehen wird; denn all diese Dinge, die Sie und der Herr Ministerpräsident bisher zur Verfügung hatten, fallen dann weg. Unsere Sorge sind dann – so war auch unsere Pressekonferenz überschrieben – die schwarzen Löcher der Zukunft. Wir werden sehen, wer von uns beiden im Endeffekt recht behält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 c auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden  
(Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409)  
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatssekretär Schmid hat sich bereit erklärt, den Gesetzentwurf für die Staatsregierung zu begründen, obwohl sein Ressort nicht zuständig ist.

Vielen Dank dafür, Herr Staatssekretär, dass wir reibungslos fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Staatssekretär Georg Schmid** (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf nur ganz wenige Bemerkungen machen, zumal dieser Gesetzentwurf heute erst eingebracht wird und wir noch umfassende Möglichkeiten haben, im Parlament miteinander zu diskutieren.

Dieses Bayerische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist letztlich der erste Ausfluss der Föderalismusreform. Zum ersten Mal diskutieren wir heute ganz konkret ein Gesetz, das letztlich durch die Veränderung der Kompetenzen im Grundgesetz bedingt ist. Wir haben viele Jahre um diese Föderalismusreform gekämpft und miteinander darüber diskutiert. Bayern war federführend. Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich hier in ganz besonderer Weise eingebracht.

Ich glaube, jetzt geht es insgesamt darum, die Föderalismusreform mit Leben zu erfüllen und sie umzusetzen. Heute setzen wir mit dem Gesetzentwurf einen ersten wichtigen Mosaikstein, zumal wir nach der aktuellen gesetzlichen Grundlage davon auszugehen haben, dass am 31.12.2006 entsprechend der Regelung des Artikels 125 c des Grundgesetzes dieses bundesrechtliche Gesetz außer Kraft tritt und wir sozusagen dringend eine bayerische Regelung brauchen. Wir brauchen diese Regelung zum 1. Januar des kommenden Jahres. Deswegen müssen wir dieses Gesetz in den kommenden Wochen miteinander diskutieren, um es dann rechtzeitig in Kraft treten lassen zu können.

Mit diesem Gesetz und der damit einhergehenden Umsetzung der Föderalismusreform wird das Prinzip der Subsidiarität gestärkt. Gleichzeitig gewinnt der Bund mehr Handlungsfähigkeit, und die Länder gewinnen mehr Gestaltungsmöglichkeit. Es werden die Kompetenzen zwischen Bund und Land entflochten und damit klare Verantwortlichkeiten festgelegt. Im Sinne dieser Verantwortlichkeiten sind wir jetzt gefordert, dieses neue Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu beraten und zum 1. Januar 2007 in Kraft zu setzen.

Dieses Gesetz war immer sehr hilfreich, wenn es darum ging, auf der einen Seite im Straßenbau die kommunale Seite zu begleiten und es zu ermöglichen, dass bestimmte Straßenbauprojekte überhaupt realisiert werden. Auf der anderen Seite haben wir auch für den öffentlichen Nahverkehr diese Mittel dringend gebraucht, um unsere Infrastruktur in einen optimalen Zustand zu bringen

Vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2013 werden die jährlichen Beträge weiterhin an die Länder fließen. Ab dem Jahre 2013 bzw. 2014 bis zum Jahre 2019 werden noch erforderliche und angemessene Mittel zugewiesen, aber die Zweckbindung wird dann entfallen. Es besteht dann nur noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen. So ist das mit dem Bund fixiert; ich halte das für eine gute und vernünftige Lösung, weil wir dann auch selbst fest-

legen können, wie wir diese Mittel gemeinsam einsetzen wollen für den öffentlichen Nahverkehr auf der einen Seite und für den Straßenbau auf der anderen Seite.

Wir schaffen mit diesem Gesetz auch Planungssicherheit, indem wir den Kommunen dokumentieren können: Ja, wir wollen fortfahren – im Prinzip die bundesrechtlichen Regelungen übernehmend –, was die Frage des Förderverfahrens angeht, der förderfähigen Vorhaben und der Fördervoraussetzungen. Damit ist ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, eine feste rechtliche Grundlage zu haben und damit Sicherheit für die kommunale Familie geben zu können.

Wir haben dabei gewisse Akzente gesetzt. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Zum einen war im Bereich des Straßenbaus bei der Förderung von kommunalen Verbindungsstraßen eine gewisse Restriktion vorhanden, dass nämlich nur in bestimmten benachteiligten Gebieten diese Förderung stattfinden konnte. Das wird jetzt geöffnet. Die Förderung gilt generell, wenn es um wichtige gemeinsame Verbindungsstraßen geht.

Zum ändern wurde der Förderhöchstsatz auf 80 % angehoben. Das ist dann wichtig, wenn sich Kommunen in einer überaus angespannten finanziellen Situation befinden.

Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass Kommunen, selbst wenn ein Fördersatz von 60 % oder 70 % gegeben wurde, nicht in der Lage waren, ihren Eigenanteil zu erbringen. Deswegen ist es, so denke ich, ein richtiger Ansatz, gerade die finanzschwachen Kommunen in dieser Situation zu begleiten, und deswegen ist der Höchstatz für diese schwachen Kommunen auf 80 % angehoben worden.

Ich bin der Überzeugung, dass damit ein wichtiger Meilenstein in der Umsetzung der Föderalismusreform gesetzt wird, aber auch ein wichtiger Mosaikstein in der weiteren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und auch hinsichtlich der Frage der weiteren Förderung kommunaler Straßen.

Ich bitte um zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs und anschließend um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich eröffne die allgemeine Aussprache, fünf Minuten pro Fraktion. Herr Kollege Dr. Beyer, bitte sehr.

**Dr. Thomas Beyer** (SPD): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist auch Herr Staatsminister Huber anwesend. Aber, Herr Huber, Herr Schmid hat es richtig gut gemacht. Es war auch nicht allzu viel dazu zu sagen. Und, Frau Präsidentin, ohne dass ich Sie korrigieren will: Er ist durchaus ebenfalls zuständig, weil auch das Innenministerium einer der Beteiligten, die die Programme aufstellen, sein soll.

Im Grunde könnte man es fast schon dabei belassen. Aber Herr Rotter hat sich sehr gut vorbereitet, sicherlich hat sich auch Kollege Magerl vorbereitet, ich habe mich vorbereitet. Sprechen wir also noch einmal darüber.

Eine Bemerkung zur Föderalismusreform: Wenn der große Zugewinn jetzt darin bestünde, dass wir Bundesgesetz wortgetreu noch einmal verabschieden, dann wäre diese Veranstaltung – ich glaube, darin sind wir uns einig – nicht besonders zielführend gewesen. Hier ist es nun der Fall, weil Sie sich darauf beschränken, lediglich eine Ausreichungsgrundlage für die weiterhin vom Bund gegebenen Mittel sicherstellen zu wollen.

Sie haben die beiden wesentlichen Änderungen – auch im Wortlaut – genannt: Die Beschränkung der Förderfähigkeit der verkehrswichtigen Gemeindeverbindungsstraßen auf die zurückgebliebenen Gebiete fällt weg. Die Begründung in dem Gesetzentwurf hierzu fällt für die Bayerische Staatsregierung überraschend offen und ehrlich aus: Sie wollen damit kompensieren, was Sie im Finanzausgleichsgesetz – FAG – seit 2004 gestrichen haben. Sie haben also in Aussicht genommen, dass Sie die Situation mithilfe der Spendierhosen des Bundes wieder verbessern. Auch die Anhebung des Förderhöchstsatzes fällt natürlich mit dem Geld fremder Institutionen leichter als mit dem eigenen Geld. Ich denke, solche Dinge muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Wie gesagt: Der Gesetzentwurf tut dies in seiner Begründung.

Sie sagen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – des Bundes habe sich im Kern bewährt. Das ist ein Lob aus Bayern für ein Bundesgesetz. Ich halte das fest.

(Eberhard Rotter (CSU): Das ist schon ein älteres Bundesgesetz!)

Ich halte fest: Sie sehen keine Befristung vor.

(Zuruf des Staatssekretärs Georg Schmid)

– Nein. Herr Schmid, Sie haben doch in Augsburg wieder Ihren großen Vorsitzenden zum Thema des Verhältnisses zwischen Land und Bund gehört. Daran wollte ich nur erinnern. Herr Rotter, das hat mit der Farbenlehre überhaupt nichts zu tun.

Keine Befristung, sagen Sie also, obwohl auch Sie davon ausgehen, dass über das Jahr 2013 hinaus der ÖPNV und der kommunale Verkehrswegebau wichtige Themen bleiben. Insofern gestehe ich Ihnen zu, dass Sie recht haben. Meine Frage ist an dieser Stelle, ob es dann nicht sinnvoll gewesen wäre, Mut zu fassen und ein umfassendes ÖPNV-Gesetz für Bayern zu schaffen, anstatt diese Fraktionierung in verschiedene Rechtsgrundlagen beizubehalten.

Wir werden über diese Fragen im Ausschuss reden können, wenngleich ich auch sehe, dass man das alles

unter Umständen bis zum Jahresende nicht mehr schaffen wird.

(Eberhard Rotter (CSU): Genau das ist der Punkt! Es eilt!)

– Man wird es möglicherweise jetzt nicht mehr schaffen, Herr Rotter; man hätte es vorbereiten können. – In den Diskussionen im Ausschuss können wir auch über die anderen Fragen reden. Darauf freue ich mich sehr. Letzte Woche hatten wir schon einen kleinen Aufgalopp.

Zu fragen ist: Wie hält es die CSU allgemein mit dem öffentlichen Nahverkehr im Land? Wie sieht es mit den sonstigen Themen, mit der Investitionskostenförderung, mit der Fahrzeugförderung, der Förderung von Bus und Bahn aus? Herr Rotter, das hätte man durchaus mit hineinnehmen und verbinden können. Das wäre genau das Thema gewesen.

Wir werden, im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen, auch schon darüber reden können, dass Sie es fertigbringen, im Haushaltsentwurf 2007/2008 bei den Förderungen für Bus- und Schienenfahrzeuge noch mehr zu kürzen, als Ihnen die Regionalisierungsmittel durch den Bund gekürzt werden, was Sie als Ausrede hierfür heranziehen, und wir werden zu guter Letzt auch miteinander darüber reden müssen, wie Sie es angesichts der Tatsache, dass Sie ausschließlich Bundesgelder verteilen, mit den eigenen Geldern und den Geldern des Bundes im Bereich der Regionalisierungsmittel halten.

Die erste Runde ging an uns. Ich bin gespannt, was Sie sich bis zur nächsten Woche überlegen werden.

Herr Huber war nicht anwesend. Er konnte es nicht hören. Der Finanzminister hat soeben zum Thema Transrapid wieder angekündigt: Wenn man ihn denn will, dann wird man ihn finanzieren können. Ich weise auch heute darauf hin, dass der einzige Anhaltspunkt für eine Finanzierung des Transrapids im Haushaltsentwurf 2007/2008 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 185 Millionen Euro ist. Diese geht, wie es dort heißt, einseitig deckungsfähig zulasten des Kapitels 07 07, und das ist überschrieben mit „Schienenpersonennahverkehr“ und wird auf der Einnahmeseite ausschließlich durch die Regionalisierungsmittel des Bundes gespeist.

Auch hierüber werden wir im Gesamtkomplex ÖPNV und im Rahmen des Komplexes des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, wie Sie es jetzt genannt haben, reden müssen. Ich denke, diese Beratungen werden wir mit großer Ernsthaftigkeit hinter uns bringen und ein Inkrafttreten des Gesetzes zum Jahresende sicherlich auch gewährleisten können.

(Beifall bei der SPD)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Beyer. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter, bitte.

**Eberhard Rotter** (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie meine Vorredner bereits dargelegt haben, ist der vorliegende Gesetzentwurf eine Frucht der Föderalismusreform, mit der bestimmte Mischfinanzierungen abgeschafft werden. Davon ist auch das bisherige GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – des Bundes betroffen, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gefördert werden.

Nach Artikel 125 c des Grundgesetzes gelten die bisherigen Regelungen nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Von daher war es sinnvoll, rasch einen Gesetzentwurf, der sich natürlich eng an die bisherigen und durchaus sehr erfolgreichen und segensreichen Regelungen des Bundesgesetzes anlehnt, vorzulegen und all die anderen Dinge, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu regeln sind, einer späteren Beratung vorzubehalten.

Wichtig ist mir, dass der Bund vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 weiterhin Beiträge aus dem Bundeshaushalt für die entfallenden Landesprogramme nach GVFG an die Länder erbringt. Es ist sehr erfreulich und sinnvoll, dass diese Leistungen, die aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des Bundes aus den Jahren 2000 bis 2008 ermittelt werden, von den Ländern zweckgebunden für den Aufgabenbereich des bisherigen GVFG verwendet werden müssen. Dies begrüßen sicherlich die Verkehrspolitiker quer durch alle Fraktionen dieses Hohen Hauses ausdrücklich. Es erspart uns nämlich Diskussionen wie bei der Verteilung der Mehrwertsteuermehreinnahmen, die ja auch zur Kompensation für wegfallende Regionalisierungsmittel des Bundes dienen sollten, aber nun natürlich in Konkurrenz mit vielen anderen Aufgaben des Landeshaushalts stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Offen ist, wie es mit diesen Mitteln ab 2014 weitergehen wird, da Bund und Länder bis Ende 2013 überprüfen werden, in welcher Höhe die jährlich zugewiesenen Beträge von 2014 bis 2019 noch erforderlich und angemessen sind. Allerdings – das ist aus meiner Sicht bedauerlich – entfällt ab dem 1. Januar 2014 die Zweckbindung an den Aufgabenbereich der bisherigen Mischfinanzierung. Zumindest gilt ab diesem Zeitpunkt noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen.

Wie bisher werden unter anderem der Bau oder Ausbau in kommunaler Baulast stehender verkehrswichtiger innerörtlicher Straßen, verkehrswichtiger Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz und verkehrswichtiger zwischenörtlicher Straßen förderwürdig sein. Bezüglich der Fördervoraussetzungen möchte ich nur darauf verweisen, dass auch die Belange behinderter Menschen berücksichtigt und die Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend erfüllt sein müssen. Dies gilt insbesondere für den anderen Förderbereich, was schienengebundene Verkehrsmittel, Massenverkehrsmittel in Ballungsräumen angeht.

Erfreulich ist – darauf ist schon hingewiesen worden, aber es ist mir wichtig; deswegen möchte ich es wiederholen –, dass die Förderung von bisher 75 % auf 80 % ange-

hoben wird und dass die Fördermittel in Ausnahmefällen, bei besonders finanzschwachen Kommunen, durch eine Komplementärförderung nach dem Härtefonds sogar auf maximal 90 % der zuwendungsfähigen Kosten angehoben werden können. Dies ist notwendig und sinnvoll, um beispielsweise sicherzustellen, dass Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen – diese werden häufig zur Beseitigung von bisher höhengleichen Bahnübergängen durchgeführt, und das dient nun wirklich der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer – auch in finanzschwachen Gemeinden durchgeführt werden können.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass das GVFG des Bundes viele dringend notwendige Maßnahmen der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse überhaupt erst ermöglicht hat. Dies gilt für wichtige Straßenbaumaßnahmen, gerade auch im ländlichen Raum, ebenso wie für schienengebundene Massenverkehrsmittel in unseren Ballungsräumen. Um diese segensreiche Wirkung der Fördermittel auch in Zukunft sicherzustellen und um den Städten und Gemeinden sowie den Verkehrsunternehmen Planungssicherheit zu geben, ist es nötig, den vorliegenden Gesetzentwurf zügig zu beraten und zu verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

**Dr. Christian Magerl** (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für konsequent, dass hier der für den Straßenbau zuständige Staatssekretär gesprochen hat; denn wenn ich mir die vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Zahlen ansehe, stelle ich fest, dass der überwiegende Anteil in den letzten Jahren in den kommunalen Straßenbau geflossen ist und nicht – so wie wir es wünschen – in den öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, durch diesen Gesetzentwurf, der aus der Föderalismusreform resultiert, werde die Subsidiarität gestärkt und man solle Handlungsspielräume nutzen. Im Abschnitt B unter „Lösungen“ wird dagegen die enge Anlehnung an das bisherige GVFG des Bundes betont. Ich muss sagen: Bei diesem Gesetzentwurf sehe ich keine Nutzung von Handlungsspielräumen und keine großen Änderungen. Ich kündige jetzt schon an, dass wir Änderungsanträge einbringen werden; denn wir wollen die vorhandenen Handlungsspielräume stärker nutzen, als dies durch Sie in den zwei Punkten geschehen ist, wodurch Sie aber den Gesetzentwurf nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Wenn ich in Artikel 2 Absatz 1 „Verkehrswichtige zwischenörtliche Straßen“ herausgreife, muss ich feststellen, dass im Bundesgesetz von „zurückgebliebenen Gegenden“ gesprochen wird. Man muss nun nicht unbedingt von „zurückgebliebenen“ Gegenden sprechen, aber wir wollen gerade in strukturschwachen Gebieten den ländlichen Raum mehr gestärkt wissen. Wenn Sie diese Regelung aufmachen, fließt das Geld im Prinzip in alle

Regionen. Ich meine nicht, dass das ein richtiges Zeichen wäre.

Auch die Anhebung von bisher 75 % auf 80 % sehen wir nicht als wegweisend. Es mag sein, dass es Kommunen gibt, bei denen darüber hinausgegangen werden muss. Es ist aber falsch, von Haus aus von 75 % auf 80 % zu steigern, da die Geldmittel nicht so üppig vorhanden sind.

(Zuruf von der CSU)

– Wenn Sie es hineinschreiben, wollen Sie es doch auch in dieser Richtung machen. Wir haben dabei so unsere Bedenken.

Für uns erschließt sich nicht, warum man verschiedene Punkte im Gesetzentwurf belässt, zum Beispiel was den Bau und den Ausbau von Verkehrswegen, der Straßenbahnen etc. betrifft, die mit dem Kriterium „auf besonderem Bahnkörper geführt“ verknüpft werden. Gerade bei Straßenbahnen geht es zum Teil auch ohne. Insofern könnte man das Ganze etwas öffnen, aber deswegen, um auf diese Weise billigere Lösungen zu finanzieren. Über dieses Thema müssen wir uns unterhalten und uns Gedanken machen.

Meines Erachtens müssen wir uns auch über die Barrierefreiheit Gedanken machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entsprochen werden soll. Das ist uns ein bisschen zu wenig. Auch über diese Frage müssen wir uns unterhalten.

Insgesamt ist der Gesetzentwurf noch nicht der große Wurf. Wir werden in der bald folgenden Ausschussdebatte unsere Anträge einbringen und uns ausführlich dazu äußern. Man hätte in einigen Punkten etwas weiter gehen können, als Sie von der Staatsregierung gegangen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm:** Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden**

Vorweg lasse ich über die Listennummer 1, betreffend die Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002,

einzelnen abstimmen. Wer dem Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 15/6424 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Einzelnen abgestimmt werden muss auch über die Listennummer 17. Das ist der Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer und anderer, SPD, betreffend Beamtenversorgung des Freistaates Bayern – Versorgungsbericht, Maßnahmen zur Finanzierung, Drucksache 15/5722.

Die Fraktionen von CSU und SPD haben beantragt, abweichend von der Geschäftsordnung der Abstimmung nicht das Votum des Haushaltsausschusses, sondern das Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes bei der zweiten Beratung zugrunde zu legen. Inhaltlich verweise ich insoweit auf die Drucksache 15/6403.

Wer dem Antrag unter Berücksichtigung der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Drucksache 15/6403, bei der Zweitberatung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD sowie die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur weiteren Verfassungsstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Bestellung von Mitgliedern des Landtags für den Landesdenkmalrat**

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat darum gebeten, statt ihres bisherigen Mitglieds im Landesdenkmalrat, Frau Kamm, Frau Kollegin Gote als neues Mitglied des Landesdenkmalrates zu bestellen. Die SPD-Fraktion möchte künftig statt ihres bisherigen Mitglieds, Frau Rupp, Herrn Dr. Rabenstein in den Landesdenkmalrat entsenden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass ich über die Vorschläge gemeinsam

abstimmen lasse? – Das ist der Fall. Wer mit der Bestellung der benannten Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Es besteht Übereinstimmung im ganzen Hause. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

#### **Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat**

Der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass der bisherige Vertreter der Bayerischen Landesapothekerkammer im Landesgesundheitsrat, Herr Johannes Metzger, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist. An seiner Stelle wurde von der Bayerischen Landesapothekerkammer Herr Dr. Ulrich Krötsch – Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer – als Vertreter im Landesgesundheitsrat benannt.

Herr Staatsminister Dr. Schnappauf hat gebeten, die nach dem Gesetz über den Landesgesundheitsrat notwendige Bestätigung durch den Bayerischen Landtag herbeizuführen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Entsendung von Herrn Dr. Krötsch in den Landesgesundheitsrat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine.

Der Landtag bestätigt damit Herrn Dr. Krötsch als neues Mitglied des Landesgesundheitsrates.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

#### **Eingaben betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (BI.0722.15)**

#### **Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf (BI.0732.15)**

Vorweg gebe ich bekannt, dass die Eingabe betreffend „Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf“ im Einvernehmen der Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt wird. Nachdem die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf eine Behandlung im Plenum verzichtet hat, verbleibt es insoweit bei dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Mit der Eingabe betreffend „Geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach“ hat sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner Sitzung am 19. Juli 2006 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären, allerdings mit der Maßgabe, dass „zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden

wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden.“

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne nun hierzu die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Wortmeldungen? – Ich darf zunächst Frau Kollegin Tolle bitten, an das Rednerpult zu kommen.

**Simone Tolle** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits im Juli 2006 die Behandlung der Petition im Plenum beantragt, weil es sich um eine besonders schlimme Angelegenheit im Rahmen Ihrer Sparmaßnahmen handelt. Der Kultusminister – er kommt gerade – preist Kombiklassen als ein besonders gutes pädagogisches Modell an. Allerdings, Herr Kultusminister, ist nichts davon zu spüren, dass Sie die jahresgangskombinierten Klassen einführen, weil Sie sie pädagogisch für gut halten. Sie führen Sie ein, weil Sie sie zum Sparen missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Falle ist es besonders übel, weil sich das Sparen folgendermaßen auswirkt: Die jahresgangskombinierte Klasse hat in der ersten und zweiten Jahrgangsstufe 27 Kinder, von denen zwei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Dieser Fall eignet sich sehr gut, um das Vorgehen klarzumachen. Bereits im zweiten Jahr endet es in einer Katastrophe. Die Tatsache, dass sich die Vorgänge jährlich wiederholen und jedes Mal enormen Vertrauensschaden bei Eltern und Kindern hinterlassen, beweist nur eines: Die Zweidrittelmehrheit ist nicht lernfähig und darüber hinaus auch unbelehrbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Motto ist nicht „Auf den Anfang kommt es an“, sondern Sie sind – wir haben den Finanzminister gehört – Sklaven und Sklavinnen eines ausgeglichenen Haushalts. Die Kinder sind Ihnen unter dieser Prämisse vollkommen egal;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn sonst würde es keine jahresgangskombinierten Klassen mit 27 Kindern geben. Dass es Ihnen nicht auf die Kinder ankommt, beweist auch die Tatsache, dass wir dieses Hohe Haus schon vor einem Jahr gebeten haben, sich mit diesem Problem, das im Übrigen „demografischer Wandel“ heißt, zu befassen, Sie dies aber zweimal abgelehnt haben. Ihre Unbeweglichkeit ist das Grundübel. Sie weigern sich, die Herausforderung des demografischen Wandels anzunehmen und aktiv zu gestalten. Stattdessen kommt es stets über Sie wie eine Naturgewalt. Das wäre mir persönlich egal. Aber es kommt auch über die Eltern und Kinder wie eine Naturgewalt. Ich möchte nicht, dass das Gleiche Ende dieses Schuljahres im Jahre 2007 wieder passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrer beharrlichen Weigerung riskieren Sie einen wichtigen Standortfaktor der Kommunen, nämlich die Schulen. Mit Ihrem Verhalten schicken Sie alle Beteiligten, auch das beteiligte Schulamt, auf dünnes Eis und verspielen das Wichtigste in einem Bildungssystem, nämlich das Vertrauen. Ursache ist das Budget, das alle über einen Kamm schert – die Schüler und Schülerinnen, die Lehrer und Lehrerinnen und die Schule auf dem Land. Ich sage Ihnen eines: Es gibt keine Durchschnittsschüler, es gibt keine Durchschnittslehrkräfte, und es gibt keine Durchschnittsschule. Es gibt nur durchschnittliche Abgeordnete.

Sie reden so laut, dass wir – so meine ich – die Glocke bräuchten, Herr Präsident. Ich fühle mich gestört.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Können Sie das konkretisieren, oder handelt es sich um eine allgemeine Unruhe?

**Simone Tolle (GRÜNE):** Mich stören die lauten Hintergrundgeräusche.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um mehr Aufmerksamkeit. Gespräche können im Wandelgang geführt werden. Ich bitte, der Rednerin die ihr zustehende Aufmerksamkeit zu gewähren.

**Simone Tolle (GRÜNE):** Ich glaube, dass uns das Budget noch lange beschäftigen wird, wenn Sie sich nicht endlich entschließen, die Probleme zu lösen, um die Schule auf dem Lande zu erhalten. Das Budget ist dazu nicht geeignet. Für die Schulen auf dem Land – das gilt insbesondere für die Grundschulen – ist es eine Fessel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit ihm wird der Grundsatz „Auf den Anfang kommt es an“ missachtet.

Ich habe an der Aktion „Rollentausch“ teilgenommen und mit Kindern der ersten und zweiten Klassen Hausaufgaben gemacht. Dabei ist mir verstärkt klar geworden, wie wichtig es ist, dass man diesen Kindern besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dazu braucht man keine wissenschaftliche Untersuchung, das sagt der gesunde Menschenverstand. Herr Kollege Strehle, malen Sie doch mal mit Kindern eine Zeile die Ziffer drei, was Sie dann sagen werden. Der gesunde Menschenverstand muss uns sagen, dass wir in der Grundschule nicht mit derart großen Klassen weitermachen dürfen. Vorige Woche wurde im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport über drei Klassen einer Grundschule in Ansbach mit oder über 30 Kindern gesprochen. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

27 Kinder in jahresgangskombinierten Klassen geht schon gar nicht. Wenn Sie so weitermachen, negieren Sie Ihre Erkenntnis aus Ihrem Bildungsbericht. Dort werden unterschiedliche Bildungserfolge in Stadt und Land festgestellt. Wenn Sie mit der Budgetlösung so weiterma-

chen, die die Kinder auf dem Land in so große Klassen zwingt, verschärfen Sie diesen Unterschied zusätzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nehmen, Herr Minister Schneider, bewusst in Kauf, dass die Disparitäten fortgesetzt werden. Wie immer geht es nach dem gleichen Muster: Das Schuljahr geht zu Ende. Die Eltern werden ziemlich spät informiert. In Walsdorf war es am 10. Juli 2006, in Ebrach immerhin schon im Juni 2006, was aber für Eltern und Kinder, die sich auf die Schule vorbereiten, ziemlich spät ist. In Untersteinbach, der Nachbargemeinde, wurden die Eltern eine Woche vor Ferienbeginn informiert.

Die Ursache der Bildung von jahrgangskombinierten Klassen ist auch nicht – das möchte ich betonen –, dass hier ein richtiges pädagogisches Modell praktiziert wird, wie Sie immer sagen, sonst hätten Sie nämlich bei mir zu Hause die jahrgangskombinierte Klasse nicht dichtgemacht. Wenn das so ein toller Erfolg wäre, hätten Sie das nicht getan. Die Ursache ist das Budget, das bei einer Schülerzahl von 32 oder 33 überhaupt nicht ausreicht, die Klasse zu teilen. Wir waren einmal bei einer Obergrenze von 30 Schülern, die sich mittlerweile auf 32 verschiebt, nur weil Sie kein Geld mehr haben und weil in diesem Haushalt der Finanzminister den Hauptschulen schon wieder 1600 Stellen nimmt. Da schwant mir nichts Gutes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Sie sich jetzt mit der Grund- und der Hauptschule beschäftigen, schwant mir nichts Gutes; denn immer wenn Sie sich mit einer Schulart besonders beschäftigen, dann endet das in einer Katastrophe. Für mich ist das Budget falsch konzipiert; denn es benachteiligt kleine Schulen auf dem Lande. Wenn Sie konsequent wären, dann müssten Sie den Teiler ändern, aber dafür sind Sie zu feige. Da stellen Sie sich lieber unter die Knute von Kurt Falthäuser. Die Straßenbauer erhalten auch etwas, nur Ihnen nimmt man Stellen in den Hauptschulen und den Grundschulen weg, wo sie doch so wichtig wären.

Ihr Argument ist ein Scheinargument, weil Sie die Kombiklassen zum Einsparen von Lehrkräften missbrauchen. Sie zerstören damit Vertrauen. Sie zerstören das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülerinnen und Schülern. Die Eltern haben mich ausdrücklich gebeten – obwohl sie noch zwei Förderstunden erhalten haben –, diese Petition zu behandeln, weil sie bei einer Schülerzahl im nächsten Jahr von 17 und 13 befürchten, dass die gleichen Zustände wieder auf sie zukommen, und weil sie nicht möchten, dass diese Umstände noch einmal wie eine Naturgewalt über sie kommen.

Die Mütter haben mir berichtet, die Kinder in der zweiten Jahrgangsstufe sind verstört, weil sie aus einer Klasse mit 14 Kindern in eine jahrgangskombinierte Klasse mit 27 Kindern gekommen sind. Sie sagen, es sei sehr schwierig, mit dieser Situation zurechtzukommen. Die Furcht vor schrecklichen Zuständen im nächsten Jahr habe ich schon genannt. Das gilt es zu verhindern. Ich fordere Sie

deshalb auf: Machen Sie Kombiklassen, aber aus pädagogischen Gründen. Ändern Sie das Budget, erhalten Sie die Schule auf dem Land. Wenn Sie Kombiklassen bilden, dann mit 20 Schülerinnen und Schülern maximal. Die Eltern müssen einverstanden sein, die Lehrer sind vorbereitet, und – das ist wichtig – es gibt genug Förderstunden, um dem Prinzip der individuellen Förderung gerecht zu werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ein letzter Satz: Ich möchte hier die Befürchtung in den Raum stellen, dass die fünf zusätzlichen Förderstunden im nächsten Jahr verschwinden werden, weil ich das Gefühl hatte, dass sie auch in diesem Jahr schon zur Disposition standen. Herr Minister, wenn dies nicht so ist, dann können Sie hier ein klares Bekenntnis ablegen. Auf jeden Fall geht es so nicht. Ich wünsche mir, dass in Zukunft wieder Ruhe an bayerischen Grundschulen einkehrt, wenn die Klassenbildung im April auf uns zukommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Als Nächster hat Herr Kollege Pachner das Wort.

**Reinhard Pachner (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Tolle, wir haben die jahrgangskombinierten Klassen eingeführt, um die Schule vor Ort zu halten. Unser oberster Grundsatz ist es, insbesondere die Grundschule vor Ort zu halten nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“. Das ist ein allgemein gängiger Ausdruck.

(Zuruf von der SPD)

– Ich weiß es. Das Motto ist zwar alt, aber es beschreibt die Situation trotzdem sehr gut. Wir wollen uns auch in Zukunft daran halten.

Die Petition haben wir bereits am 19. Juli im Ausschuss behandelt. Sie haben aus der Petition einen bildungspolitischen Rundumschlag betreffend die jahrgangskombinierten Klassen gemacht. Das war nicht nötig; denn es ist unbestritten, dass die Kombiklassen bisher nicht schlechter abgeschnitten haben als die jahrgangstreuen Klassen. Es ist auch unbestritten, dass die Kombiklassen ihre Vorteile haben, was das Lernverhalten und das Sozialverhalten betrifft.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir sie dann nicht bayernweit?)

– Frau Kollegin Biedefeld, wir machen das bayernweit, wenn es erforderlich ist. Das ist selbstverständlich. Wenn die Notwendigkeit besteht, bilden wir Kombiklassen, die nicht schlechter sind als die jahrgangstreuen Klassen.

Auch haben wir diese Klassen eingerichtet, um bei rückläufigen Schülerzahlen die Schüler vor Ort zu halten. Sie kennen die Schülerzahlen. In der ersten Klasse sind es 13 Schüler, in der zweiten Klasse 14 Schüler. Das gibt 27

Schüler. Wir waren uns auch darin einig, dass wir keine jahrgangskombinierten Klassen mit mehr als 25 Schülern wollen und dass wir fünf Differenzierungsstunden brauchen. Das wurde bisher auch eingehalten. Jetzt sind aber in dieser Klasse zwei Schüler mit Förderbedarf. Der eine ist etwas lernschwächer, der andere hat eine reine Körperbehinderung, aber keinen Bedarf an Lernförderung. Beide Schüler haben das Klassenziel erreicht. Daher ist es nicht unbedingt erforderlich, die Klasse zu teilen.

Ich habe Rücksprache mit dem Kultusministerium genommen und dabei erfahren, dass diese kombinierte Klasse nicht nur fünf Differenzierungsstunden hat, sondern noch zusätzlich zwei Stunden erhält. Sie hat also sieben Differenzierungsstunden; dazu kommen zwei MSD-Stunden. Damit ist sie gut versorgt. Die Schüler haben das Klassenziel jedenfalls erreicht. Ich denke, wir müssen, um solche Schulen zu erhalten, manche Kröte schlucken und sagen, die Schule vor Ort ist uns wichtiger als die reinen Schülerzahlen. Somit haben wir das beschlossen. Es gibt derzeit auch keinen Grund, daran etwas zu ändern. Mit sieben Differenzierungsstunden und zwei zusätzlichen Stunden ist die Schule gut aufgestellt, sodass sich an unserem Beschluss vom 19. Juli nichts geändert hat. Wir werden daran festhalten.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

**Susann Biedefeld (SPD):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pachner, wer schließt denn in Bayern Schulen und macht Schulstandorte dicht? – Nicht die SPD, nicht die Opposition insgesamt, sondern die Staatsregierung, das Bildungsministerium mit der Zweidrittelmehrheit der CSU hier im Hause. Ihre Sonntagsreden, dass Sie Schulstandorte erhalten und Schulen im Dorf lassen wollen, hören wir zwar gern, aber wir würden auch gern Taten sehen. So viel zu Ihren Äußerungen: Sonntagsreden allein reichen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie einmal Ihre CSU-Bürgermeister draußen, was sie von Ihrer Politik halten, was die Schließung von Schulen betrifft. Die Teilhauptschulen sind schon nahezu alle dichtgemacht. Sie betreiben die Fokussierung von Hauptschulstandorten und machen auch vor den Grundschulen nicht halt.

Zur Petition selbst: Es geht um jahrgangsübergreifende Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 in Ebrach. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir waren vor Ort. Wenn ich von „wir“ rede, meine ich: Das waren der bildungspolitische Sprecher und stellvertretende Ausschussvorsitzende Hans-Ulrich Pfaffmann und ich. Wir waren vor etwa drei Wochen vor Ort in Ebrach und haben dort mit der Schulleitung, mit Kommunalpolitikern, mit dem Elternbeirat und Eltern diskutiert. Ich gebe der Kollegin Simone Tolle recht: Es geht den Eltern darum, dass wir die Angelegenheit noch einmal im Bayerischen Landtag behandeln und dass die Sache nicht unter den Tisch gekehrt wird, weil wirklich die Sorge besteht: Jetzt

sind es 27 Kinder in der jahrgangsübergreifenden Klasse, und was passiert im nächsten Jahr. Bei 17 und 13 Kindern sind es dann 30 Kinder in einer Klasse. – Das ist die Sorge, die auch ich hier zum Ausdruck bringen will.

Ich stimme Ihnen zu: Wir haben hier fünf Differenzierungsstunden plus zwei Differenzierungsstunden plus zwei Stunden für die Förderung. Das trifft zu; ich habe mich bei der Direktorin des Schulamts erkundigt. Man muss ehrlicherweise auch hinzufügen, dass die Stunden nicht aus dem Stundenbudget des Schulamtsbezirks genommen wurden. Ich weiß zwar nicht, woher die Stunden stammen, aber es ist nicht so, dass das Ganze im Landkreis Bamberg zulasten einer anderen Schule gegangen wäre.

Das ist mir versichert worden, das muss ich ehrlicherweise hinzufügen. Das ist so.

Ich trage hier aus der Petition vor. Die Petenten, die Elterninitiative und die Kommunalpolitiker sagen, auch sie halten jahrgangsübergreifende Klassen für pädagogisch sinnvoll, wenn alle Rahmenbedingungen erfüllt werden. Sie sind also nicht grundsätzlich gegen Kombiklassen. Nachdem aber bereits die Kombiklasse eingeführt ist, haben sie diese Kombiklassen kritisch überprüft und sagen jetzt auch, dass die Rahmenbedingungen nicht erfüllt sind. Jetzt könnte man fragen, wer denn die Rahmenbedingungen vorgibt. Eltern, deren Kinder jahrgangsübergreifende Klassen besuchen, und Pädagogen, die diese Klassen unterrichten, haben aus ihrer tagtäglichen Praxis heraus auch eine Ahnung davon, welche Rahmenbedingungen notwendig sind. Diese müssen also nicht allein von München, vom Kultusministerium vorgegeben werden. Die Petenten, die Elterninitiative, sagen nach wie vor, dass die Rahmenbedingungen für sie nicht erfüllt sind. Zumindest sind sie nicht ausreichend erfüllt.

Herr Kollege Pachner, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Wenn Kombiklassen wirklich pädagogisch so sinnvoll sind, frage ich, warum wir sie nicht sofort bayernweit einführen. Warum werden Petitionen unterschiedlich behandelt? Für den Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen gibt es eine Lex Wolfratshausen, die nicht mit dem Fall in Ebrach vergleichbar ist. Wenn Kombiklassen pädagogisch wirklich so sinnvoll sind, müssen sie sofort und überall eingeführt werden. Dann haben wir für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern gleiche Bedingungen.

Unser Motto lautet auch: Für die kürzesten Beine die kürzesten Wege. Wenn wir aber Schulstandorte erhalten wollen, um die Kinder wohnortnah zu beschulen, sollten wir erst einmal die Klassen verkleinern, bevor wir jahrgangsübergreifende Klassen einrichten. Auch dazu haben wir die Möglichkeit. Uns geht es wirklich um eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Das fordern wir nicht nur in Sonntagsreden.

27 Kinder in einer Klasse sind jetzt Fakt. Ich zitiere aus dem Heft 4/5 des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes Herrn Minister Schneider. Dort ist von einer maximalen Klassenstärke von 25 Kindern die Rede. Das ist Ihre Aussage. Hier sind es aber 27 Kinder. Wie fühlen sich denn Eltern, Elternbeiräte oder Pädagogen, wenn sie einerseits eine solche Aussage eines Ministers lesen, andererseits doch kombinierte Klassen mit mehr als

25 Kindern, wie in diesem Fall in Ebrach, zustande kommen? Der Minister hat diese Aussage nicht demontiert oder als falsch dargestellt. Übrigens wurde dies nicht nur in der Fachzeitschrift des BLLV so dargestellt, sondern auch dem Bayerischen Elternverband zugesichert.

Ihnen geht es also wirklich nur darum, einzusparen, noch einmal einzusparen und noch einmal einzusparen. Der Haushalt hat absolute Priorität. Diese Maßnahme geht aber zulasten der Ausbildung und Bildung unserer Kinder. Ihre kombinierten Klassen sind ein reines Sparkonzept. Es geht Ihnen nicht um die Bedürfnisse der Kinder. Es geht Ihnen nicht um pädagogische Konzepte. Es geht Ihnen lediglich um die Zuteilung der Lehrkräfte. Sie gehen rein nach Faktoren vor. Sie haben hier einen Faktor von 1,218. Diskutieren Sie einmal draußen mit den Eltern. Wie fühlen sich die, wenn ihre Kinder mit dem Faktor 1,218 bewertet werden? – Ihnen geht es um nichts anderes als ums Geld und darum, einzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen ganz klar: Bevor jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet werden, wollen wir erst einmal kleinere Klassen und eine bessere individuelle Förderung. Wenn wir wirklich jahrgangsübergreifende Klassen einführen, wollen wir auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür. Wir haben auch allen Betroffenen in Ebrach im Zusammenhang mit dieser Petition ganz klar gezeigt, was es für uns bedeutet, ein entsprechendes Rahmenkonzept zu haben. Wir sagen ganz klar, dass es uns um die beste Versorgung für Schüler, Eltern und Lehrer geht. Das muss gewährleistet sein. Das sehen wir aber nur gewährleistet, wenn wir den jahrgangsübergreifenden Klassen ein pädagogisches Konzept zugrunde legen. Das ist unsere Kernforderung.

Wir wollen auch, dass die Eltern rechtzeitig informiert werden. Kollegin Tolle hat ein Beispiel gebracht. In Ebrach sind die Eltern am 1. Juni informiert worden. Vielleicht reicht der 1. Juni noch aus. In der Nachbargemeinde Walsdorf – die Petition aus dieser Gemeinde wurde heute abgesetzt – kam die Information bei den Eltern erst am 10. Juli 2006 an. Das war wenige Tage vor dem Schuljahresende. Die Eltern und andere betroffene Beteiligte hatten keine Möglichkeit mehr, darauf zu reagieren. Diese Politik wird ganz bewusst so gemacht, um den Widerstand sehr gering zu halten.

Neben einem pädagogischen Konzept wollen wir auch die rechtzeitige Information sowie die Zustimmung der Eltern. Wir wollen, dass die Klassen nicht größer werden. Dazu werden wir auch noch einen Antrag nachschieben, den ich jetzt schon ankündigen kann. Wir werden diesen Antrag stellen. Wenn jahrgangsübergreifende Klassen gebildet werden, muss die maximale Größe bei 20 Kindern liegen. Das muss unserer Meinung nach die maximale Größe sein.

(Beifall bei der SPD)

Für jahrgangsübergreifende Klassen reicht auch nicht ein Pädagoge oder eine Pädagogin aus. Wir brauchen dafür eine weitere Kraft. Sie muss nicht unbedingt ein Vollpädagoge sein. Eventuell reicht auch eine pädagogische

Hilfskraft aus. Auf jeden Fall brauchen wir für diese Klassen zusätzliches Personal. Das möchte ich hier ganz klar sagen. Sprechen Sie doch mit den Pädagogen in Ebrach darüber, was es bedeutet, für die Unterrichtung einer jahrgangsübergreifenden Klasse nur eine Ermäßigungsstunde zu bekommen. Die Betroffenen sagen dazu wortwörtlich, dass sie das als Beleidigung für ihre Arbeit betrachten.

Neben unserer Forderung, dass nicht mehr als 20 Kinder in der Klasse sein dürfen, wollen wir eine zusätzliche pädagogische Unterstützung, gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte – in Ebrach wurden die Lehrkräfte förmlich überrollt –, räumliche Konsequenzen und entsprechende Unterrichtsmaterialien. Uns reichen auch die fünf Stunden für differenzierten Unterricht nicht aus. Wenn der Unterricht in jahrgangskombinierten Klassen in Ebrach klappt, dann klappt er aber nicht dank der Bildungspolitik der CSU-Staatsregierung und der Zweidrittelmehrheit der CSU im Hohen Hause, sondern dann liegt es an der Arbeit der engagierten Pädagogen vor Ort, an der Arbeit der Eltern und des Elternbeirats, die vor Ort massiv dort unterstützen, wo ihnen das nur möglich ist. Der Erfolg liegt dann auch an der Arbeit der Gemeinde Ebrach, die für eine hervorragende räumliche und sachliche Ausstattung sorgt und die zumindest das, was sie dazu beitragen kann, ihren Kindern zugutekommen lässt. Darauf legen wir Priorität. Das sind nicht nur Sonntagsreden, sondern dort wird gehandelt. Handeln erwarten wir auch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:**  
Das Wort hat Herr Staatsminister Schneider.

**Staatsminister Siegfried Schneider** (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ein paar ergänzende Anmerkungen und Richtigstellungen. Frau Kollegin Biedefeld, wenn Sie in der Mathematik etwas berechnen wollen, brauchen Sie auch einen Faktor. Natürlich kann man es in einem Berechnungsmodell, wie Sie es vorgestellt haben, so darstellen, dass damit die Kinder gemeint sind. Sie wissen alle genau, dass Sie bei 100 000 Lehrkräften und 1,8 Millionen Schülern Berechnungen über die Verteilung der Lehrkräfte anstellen müssen. Beim Multiplizieren ist der Faktor ein ganz wichtiges Instrument. Meine Aussage – die können Sie auch zitieren –, die ich getroffen habe, lautet, dass in kombinierten Klassen die Schülerzahl in der Regel die 25 nicht übersteigen soll und dass fünf zusätzliche Lehrerstunden zur Differenzierung vorgesehen sind.

(Susann Biedefeld (SPD): „In der Regel“ stand nicht dort!)

Das ist nicht aus der Luft gegriffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist das Ergebnis eines Schulversuches, der über fünf Jahre in Bayern gelaufen ist. Auf der einen Seite hatten wir Schulen mit kombinierten Klassen, damit sie an ihrem Standort erhalten bleiben konnten. Wir hatten aber auch Schulen, an denen es neben den kombinierten Klassen jahrgangstreue Klassen gab. Von den Lehrkräften kam die Rückmeldung, dass eine kombinierte Klasse guten Gewissens zu führen sei, dass sie kein

Nachteil für die Kinder sei. Die Kinder lernen nicht weniger. Die Übertritte sind genauso hoch. Es gibt keine signifikanten Unterschiede. Es sollten allerdings die beiden Voraussetzungen erfüllt sein, dass keine Klasse über 25 Schüler stark ist und dass fünf Lehrerstunden vorgesehen werden, um differenzierten Unterricht erteilen zu können.

In der Regel sollen es 25 Kinder sein. Das wird auch eingehalten.

(Susann Biedefeld (SPD): Sagen Sie doch „maximal“! Das haben Sie auch unterschrieben in den Schreiben an den Bayerischen Elternverband!)

– Noch einmal: Was sagen Sie zu der Schule, wenn zehn Schüler in der 1. Klasse und 17 Schüler in der 2. Klasse sind? Insgesamt sind das 27 Kinder. Alle werden sagen: Jawohl, lieber haben wir 27 in einer jahrgangskombinierten Klasse, als dass wir die 1. Klasse mit zehn Kindern aufgelöst und die Kinder woanders hingeschickt werden.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Sie wollen sie auflösen, das ist der Unterschied!)

Ich kenne Ihre Antwort. Nachdem Sie nicht verantwortlich sind, können Sie sagen: Geld spielt keine Rolle, das kümmert uns nicht. So können Sie aber nicht Politik machen.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie waren doch bei den Haushaltsberatungen nicht dabei!)

Schauen Sie doch die Ergebnisse dort an, wo Sie und Ihre Kollegen Verantwortung tragen.

Wir haben vor der Einführung der jahrgangskombinierten Klassen die Frage abgeklärt, ob man diese Einführung verantworten kann oder ob sie zu Nachteilen für die Kinder führt. Diese Frage ist beantwortet worden; Nachteile für die Kinder gibt es nicht. Deshalb kann ich es auch als Kultusminister verantworten, jahrgangskombinierte Klassen einzuführen. Dies wird auch notwendig sein, wenn wir möglichst alle Grundschulen vor Ort halten wollen nach dem Motto, das mittlerweile überall genannt wird: Kurze Beine, kurze Wege. Wenn wir dazu stehen, werden wir in bestimmten Bereichen nicht an der Einrichtung jahrgangskombinierter Klassen vorbeikommen. Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie es; aber es wird so sein. Andernfalls können Sie die Standorte nicht halten.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe die Rahmenbedingungen dafür genannt!)

Wenn ich aber die Einführung jahrgangskombinierter Klassen verantworten kann, weil der Standort sonst aufgelöst würde, kann ich das auch verantworten, wenn der Standort nicht unbedingt aufgelöst werden müsste; denn für die Kinder macht es ja keinen Unterschied. Deshalb können wir neben der jahrgangstreuen Klasse auch die jahrgangskombinierte Klasse anbieten.

(Susann Biedefeld (SPD): In Südtirol gibt es Klassen mit neun Kindern!)

Da gebe ich Ihnen recht: Das ist ein Mittel dazu, um die Versorgung in einem Landkreis bestmöglich zu gewährleisten.

Ihren Vorwurf gegenüber dem Schulamt, es habe den Termin bewusst so spät gesetzt, weise ich zurück. Ich glaube nicht, dass das Schulamt den Termin bewusst so gelegt hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Nicht das Schulamt, sondern Sie!)

Das ist wohl deswegen so geschehen, weil die Situation eben so war. – Liebe Frau Kollegin, ich habe das Schreiben im April oder Mai an die Schulämter hinausgegeben. Den Termin legt das Schulamt fest.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe nicht gesagt „vom Schulamt“, ich habe gesagt „vom Ministerium“!)

Ich möchte nur sagen, dass das Schulamt je nach den Zahlen, die vorliegen, die Eltern wohl einmal schneller informiert hat und einmal weniger schnell. Ich glaube nicht, dass das bewusst geschehen ist; zumindest gibt es keine Vorschriften aus dem Ministerium, wann diese Informationen nach draußen gehen. Das Schreiben des Ministeriums datiert von Ende April, mit dem die Schulämter aufgefordert wurden, mit den Gemeinden und Eltern Kontakt aufzunehmen, um abzuklären, ob aus ihrer Sicht jahrgangskombinierte Klassen notwendig sind. Es gibt auch keine Lex Wolfratshausen, weil das Schulamt entscheidet, ob jahrgangskombinierte Klassen eingerichtet werden oder nicht. Es gab auch keine Lex Eichstätt. Sie haben ja sicher gelesen, dass hier die Eltern protestiert haben. Der Minister hat zum Schulamt lediglich gesagt: Ist denn nicht auch eine andere Organisation möglich? – Es gibt auch andere Möglichkeiten, es gibt auch andere Schwerpunktsetzungen, ohne dass eine zusätzliche Stunde an dieses Schulamt gekommen ist, Frau Kollegin Radermacher.

Man muss schließlich die Frage klären, was einem wichtiger ist: eine zusätzliche Arbeitsgemeinschaft oder die Aufrechterhaltung jahrgangsreiner Klassen. Das muss letztendlich vor Ort entschieden werden. Unsere Schullehrerinnen und Schullehrer entscheiden diese Fragen nicht aus Jux und Tollerei, sondern versuchen, adäquate Antworten zu geben.

Frau Tolle hat den Unterschied zwischen Stadt und Land angesprochen. Die Klassen in den Städten sind in der Regel größer. Wenn Sie also das Argument bringen, die Leistungen seien in kleineren Klassen besser, und gleichzeitig sagen, die Leistungen in den Städten seien besser als auf dem Land, passt das nicht zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich wollte Ihnen das nur einmal sagen.

Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass wir an jahrgangskombinierten Klassen nicht vorbeikommen. Jeder, der glaubt, eine wohnortnahe Schule im Grundschulbereich ohne jahrgangskombinierte Klassen

bewerkstelligen zu können, macht entweder sich oder den Menschen draußen etwas vor. Die Rückmeldungen, die wir über die jahrgangskombinierten Klassen haben, sind so optimistisch, dass wir dieses Modell auch in Zukunft weiter anbieten werden, gerade auch um die Schule vor Ort und die Schule auf dem Land zu halten.

In diesen beiden Fällen sind alle Anstrengungen unternommen worden, um eine gute Unterrichtung zu gewährleisten. Wir werden natürlich bei allen jahrgangskombinierten Klassen die Rückmeldungen einfordern, wie die Arbeit tatsächlich vor Ort erfolgt. Von den meisten wird uns berichtet, dass die jahrgangskombinierte Klasse nicht zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall bei der CSU)

#### Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Vielen Dank Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden. Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen so beschlossen. Das Votum des Ausschusses ist Beschluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße unseren ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Christoph Maier auf der Tribüne recht herzlich. Herzlich willkommen hier im Hause!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe im Einvernehmen mit allen Fraktionen den letzten Punkt der Tagesordnung für heute auf:

#### Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Der Antrag ist mit Schreiben vom 13. Juli 2006 eingegangen. Geschäftszeichen: PII/M-1320-18. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Ich gebe nur bekannt, dass laut der vorliegenden Drucksache 15/6423 der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen einstimmig beschlossen hat, die Immunität nicht aufzuheben. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, wie eben erwähnt, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.38 Uhr)



## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)

### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 27.06.2006 (1 BvR 2228/02) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002 - 22 ZB 02.2126  
 PII2/G-1320/02-31/3111  
 Drs. 15/6424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	ohne

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.  
 II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.  
 III. Zum Vertreter wird der Abgeordnete Dr. Bernd Weiß bestellt.

### Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Juli 2006 (Vf. 12-VII-06) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung der Stadt Augsburg über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereiches „Sheridan-Kaserne“ vom 7. September 2005 (ABI Nr. 35)  
 PII2/G-1310/06-9  
 Drs. 15/6425 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

### Anträge

3. Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß § 58 Abs. 2 FlurbG zur Änderung der Landesgrenze des Freistaates Bayern gegenüber dem Land Hessen im Zuge der Flurneueordnung Niedersteinbach, Markt Mömbris, Landkreis Aschaffenburg  
 Drs. 15/5762, 15/6430 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
 Bericht über die Vereinbarung des Kultusministeriums mit der Glaubensgemeinschaft „Zwölf Stämme“  
 Drs. 15/4738, 15/6420 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
 Ärztliche Versorgung im bayerischen Strafvollzug verbessern  
 Drs. 15/5354, 15/6416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
A ENTH			Z

6. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Prof. Ursula Männle u.a. CSU  
 Mehrstaatigkeit für EU-Bürger - Bericht über Stand der rechtlichen Grundlagen der Gegenseitigkeit und der entsprechenden Einbürgerungspraxis bei den einzelnen Mitgliedstaaten der EU  
 Drs. 15/5675, 15/6323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Joachim Wahnschaffe u.a. und Fraktion SPD  
Ein Jahr BayKiBiG: Gesetz reformbedürftig  
Drs. 15/5711, 15/6412 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Rainer Volkmann u.a. und Fraktion SPD  
Ganztagklassen nach Bedarf nicht nach Kassenlage einrichten  
Drs. 15/5713, 15/6421 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD  
Hilfe statt Strafe  
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien  
Runder Tisch  
Drs. 15/5720, 15/6413 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD  
Hilfe statt Strafe  
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien  
(Wieder-) Einführung der zentralen Rückmeldestelle für die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen (U 1 bis U 9 und J 1)  
Drs. 15/5721, 15/6414 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Angelika Weikert, Dr. Thomas Beyer u.a. und Fraktion SPD  
Unterstützung der AEG-Beschäftigten bei Vermittlung bzw. geplanten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen  
Drs. 15/5725, 15/6401 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. und Fraktion SPD  
Netzentgelte  
Drs. 15/5799, 15/6400 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Wahlrecht für Ganztags Hauptschulen  
Drs. 15/5810, 15/6422 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
14. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Thomas Kreuzer, Herbert Ettengruber u.a. CSU  
Polizeiliche Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung  
Drs. 15/6306, 15/6393 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
15. Antrag der Abgeordneten Heinz Donhauser, Dr. Ludwig Spaenle CSU  
Amberger Modell zu Studienbeiträgen  
Drs. 15/5704, 15/6310 (G) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | A   | A   |
16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN  
Versorgungsbericht Bayern  
Drs. 15/5680, 15/6402 (E) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
17. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer u.a. SPD  
Beamtenversorgung des Freistaates Bayern:  
- Versorgungsbericht  
- Maßnahmen zur Finanzierung  
Drs. 15/5722, 15/6403 (E) [X]
- Antrag der Fraktionen von CSU und SPD gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:**  
**Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes (Zweitberatung)**
- |  | CSU | SPD | GRÜ  |
|--|-----|-----|------|
|  | Z   | Z   | ohne |
- Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!**